



ISP – INTEGRIERTES SOZIALPROGRAMM

Jahresbericht 2020

BERLIN



VERZEICHNIS

Vorbemerkungen	7
Altenhilfe	12
Ehrenamt und Selbsthilfe	25
Menschen mit Behinderungen	32
Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe	38
Migrationssozialdienste	50
Spitzenverbandsförderung	54

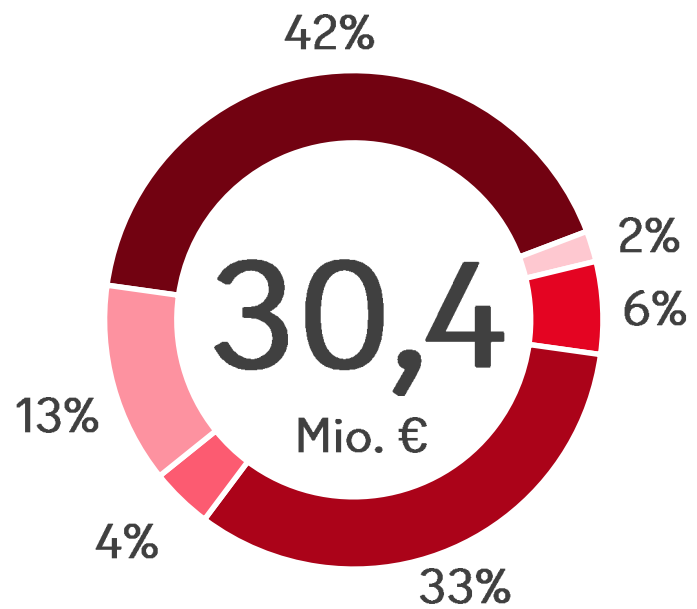
INTEGRIERTES SOZIALPROGRAMM - **ISP**

131

Projekte
(2020)



Verteilt in
ganz Berlin



- 01 - Altenhilfe
- 02 - Ehrenamt und Selbsthilfe
- 03 - Menschen mit Behinderung
- 04 - Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe
- 05 - Migrationssozialdienste
- 00 - Spitzenverbandsförderung

Das Integrierte Sozialprogramm hat im Berichtszeitraum eine große Anzahl gesamtstädtisch ausgerichteter niedrigschwelliger sozialer, gesundheitlicher und pflegerischer Angebote durch staatliche Zuwendungen gefördert. Die Grundlage hierfür bildet der sogenannte Rahmenfördervertrag, der unter anderem Zielsetzung und Angebotsbereiche des Programms definiert.

Das darin definierte Leitziel ist, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbände die soziale Infrastruktur zu erhalten und weiterzuentwickeln. Im Berichtszeitraum ergaben sich weitere Schwerpunktsetzungen, zum Beispiel durch politische Leitlinien in der Wohnungslosenhilfe, die auch zu einer Mittelaufstockung führten. Näheres ist in den jeweiligen Abschnitten der Angebotsbereiche vermerkt.

Vorbemerkungen

Der vorliegende Bericht beinhaltet die Darstellung der Umsetzung des Integrierten Sozialprogramms im Jahr 2020.

Das Integrierte Sozialprogramm stellt eines der drei Förderprogramme unter dem Dach des Rahmenfördervertrages dar¹. Das Berichtsjahr 2020 stellt das letzte Förderjahr des auf fünf Förderjahre angelegten 2. Rahmenfördervertrages (1996 bis 2020) dar und war somit auch von den parallel laufenden Verhandlungen der Vertragsparteien über den 3. Rahmenfördervertrag (2021 bis 2025) geprägt.

Hinzu kam die Corona-Pandemie, die 2020 ihren Anfang nahm und das Geschehen in den Angebotsbereichen nachhaltig beeinflusst hat.

Die im ISP gesamtstädtisch finanzierte soziale Infrastruktur konnte mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege im Land Berlin letztendlich auch unter diesen besonderen Rahmenbedingungen in den vertraglich vereinbarten Angebotsbereichen auf einem weiterhin hohen Niveau gemeinsam erhalten und weiterentwickelt werden. Insofern

wurde das mit dem Rahmenfördervertrag verbundene Leitziel erreicht.

Übergreifende Themen 2020

Das Jahr 2020 stellte wie alle gesellschaftlichen Bereiche auch die mit der Umsetzung des Integrierten Sozialprogramms Beteiligten durch den Beginn der Corona-Pandemie vor bis dahin unbekannte Probleme. Dies betraf in besonderem Maße die im ISP geförderten Projekte, deren Zielgruppen ganz überwiegend vulnerable Gruppen darstellen, und die in einer sich dynamisch entwickelnden pandemischen Lage kontinuierlich ihre Angebote weitestgehend aufrechterhalten konnten und dabei die vielfältigen und sich ständig verändernden Anforderungen in den Bereichen Arbeits- und Infektionsschutz zu beachten hatten.

Wo es möglich war wurden Angebote sukzessiv auf digitale und telefonische Formate umgestellt oder konzeptionell angepasst. Die Pandemie führte in einigen Bereichen zu einer

¹ Weitere Programme: Integriertes Gesundheitsprogramm (ab 2021: Integriertes Gesundheits- und Pflegeprogramm) und Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren.

rückläufigen Inanspruchnahme der Angebote, insbesondere in Bereichen, die in besonderem Maße durch physische Kontakten geprägt sind. Dies konnte aber auch teilweise durch Umstellung der Angebote wie oben genannt aufgefangen werden (siehe z. B. Angebotsbereich 02 – Ehrenamt und Selbsthilfe).

In der Verwaltung verlangten u.a. Fragen im Zusammenhang mit der Vereinbarung von Zuwendungsrecht mit infektionsschutzrechtlichen Vorgaben nach Lösungen. So waren auch im Falle von pandemiebedingt erforderlichen Angebotsreduzierungen die unabweisbar anfallenden Fixkosten durch die Zuwendung gedeckt. Aufgrund der sich ergebenden Einsparungen bestanden zudem ausreichend finanzielle Spielräume um den beantragten pandemiebedingten Mehrbedarf für Hygieneartikel und persönliche Schutzausrüstungen zu entsprechen. Die Finanzierung der geförderten Projekte konnte somit in diesem ersten Pandemiejahr durchgehend sichergestellt werden.

In allen Bereichen verschärften zudem personelle Engpässe vor allem durch krankheitsbedingte Ausfälle die Rahmenbedingungen.

Neben der regulären Umsetzung des Förderprogramms wurde 2020 der im Jahr 2019 mit der Liga der Wohlfahrtsverbände begonnene

Verhandlungsprozess für den dritten Rahmenfördervertrag (3. RFV, Laufzeit 2021 bis 2025) zum Abschluss gebracht.

Die von der Verhandlungskommission auch für das ISP eingesetzte Unterarbeitsgruppe tagte im Zeitraum Juni 2019 bis Juni 2020 dreizehnmal und stimmte u.a. für jeden Angebotsbereich Aufgaben, Zielgruppen, angebotsbezogene Zielstellungen und Entwicklungsperspektiven für den 3. RFV ab. Daneben wurden auch Schnittstellen zu den anderen beiden Förderprogrammen untersucht, die Angebotsbereiche aktualisiert und ein neues Schwerpunktthema für den 3. RFV festgelegt.

Die im Zuständigkeitsbereich der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung² liegenden Projekte des Angebotsbereichs 1 im Kontext Pflege werden mit Beginn des 3. RFV ab 2021 in das Integrierte Gesundheits- und Pflegeprogramm einschließlich der erforderlichen Mittel überführt und somit künftig nicht mehr im Bericht zum Integrierten Sozialprogramm abgebildet.

Die Ergebnisse sind der Kooperationsvereinbarung für das ISP, die im Rahmen dieses Prozesses ebenfalls überarbeitet wurde, einschließlich Anlagen zu entnehmen.

² Bis Ende 2020: Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

Sämtliche Vertragsunterlagen, die im Weiteren neben dem Rahmenfördervertrag die Grundlage für die Umsetzung des ISP ab 2021 bilden können unter

Mehrerfahren 

heruntergeladen werden.

Auf die inhaltlichen Auswirkungen ab 2021 wird im folgenden Bericht zur Umsetzung des ISP eingegangen werden.

Gremien

Lenkungsgremium

Das in § 4 Abs. 1 Rahmenfördervertrag vorgesehene Lenkungsgremium hat im Berichtsjahr nicht getagt.

Kooperationsgremium

Das Kooperationsgremium ist für die für Soziales zuständige Senatsverwaltung und die Verbände das zentrale Gremium der Programmumsetzung. Es wird von den Unterzeichnern des Rahmenfördervertrages gem. der Kooperationsvereinbarung zum ISP paritätisch besetzt und dient im Wesentlichen der Abstimmung von Arbeitsschwerpunkten und der jährlichen Finanzplanung. Darüber hinaus unterrichten sich die Vereinbarungspartner

regelmäßig zum Stand der Umsetzung der Finanz- und Arbeitsplanung (siehe dazu Beiträge zu den einzelnen Angebotsbereichen).

Das Kooperationsgremium tagte im Berichtszeitraum viermal und befasste sich dabei maßgeblich mit den jährlichen Abstimmungen der Arbeits- und Finanzplanungen sowie der Umsetzung des Programms.

Projektgruppen

Das Kooperationsgremium setzt für jeden Angebotsbereich eine Projektgruppe ein, die aus Vertretern und Vertreterinnen und Vertretern der Vertragspartner, des Landesamts für Gesundheit und Soziales und gegebenenfalls weiteren Vertreterinnen und Vertretern der Projekte besteht.

Aufgaben der Projektgruppen sind die rechtzeitige Abstimmung der Vereinbarungspartner zu sämtlichen sich im Rahmen der Förderung und Weiterentwicklung in den Angebotsbereichen ergebenden Fragestellungen und die Beteiligung der LIGA an der Verfolgung angebotsbereichsbezogener Ziele und Arbeitsschwerpunkte in der Vereinbarungslaufzeit.

Finanzierungsrahmen 2020

Entsprechend der im Rahmenfördervertrag erfolgten landesseitigen Finanzierungszusagen zuzüglich im Vertragszeitraum erfolgter Zuwächse standen in den Berichtsjahren Mittel in folgender Höhe zur Verfügung:

Haushalts- ansatz ³	28.670.000	30.538.000
	2019	2020
	in €	in €

Mit dem Doppelhaushalt 2020/21 für das Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr ein Mittelzuwachs in Höhe von rund **730.000 Euro**.

ABO3 Menschen mit Behinderungen

Lotse	+ 66.000
Mutstelle	+ 26.000
Zukunftssicherung	+ 15.000
Hörbiz	+ 10.000
BZSL	+ 15.000 (ab 2021)
GESAMT	+ 150.000 €

ABO4 Wohnungslosenhilfe

Klik e. V.	+ 60.000
SKF e. V.	+ 125.000
Gangway e. V.	+225.000
AWO Notübernachtung	+ 5.000
Kältehilfe	+ 2.500
GESAMT	+ 430.000 €

ABO4 Schuldnerberatung

SIB Berlin e. V.	+ 150.000 €
-------------------------	--------------------

³ Beinhalten jährliche Steigerungen i.H.v. ca. 2,35% für Personalkosten (Tarifsteigerungen und -anpassungen) sowie ca. 2% für Sachkostensteigerungen.

Tarifmittel

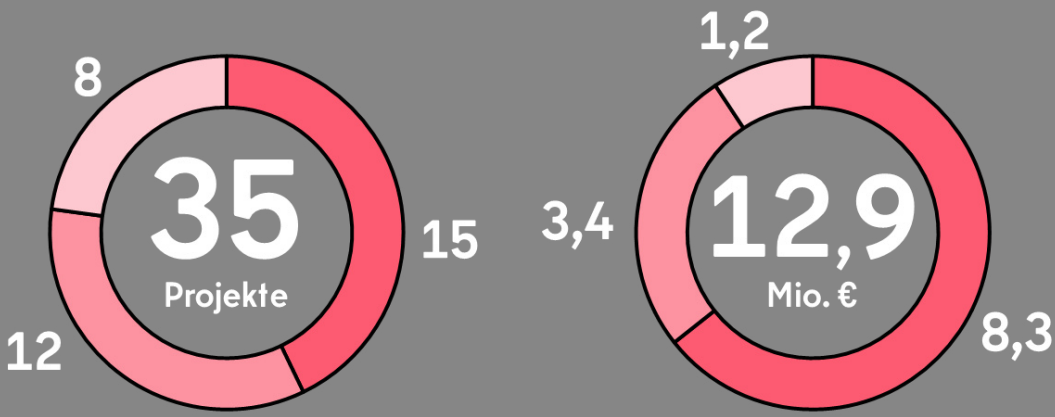
Im 2. Rahmenfördervertrag wurden Mittel für jährliche Kostensteigerungen in Höhe von ca. 2,35 % für Personalkosten und ca. 2 % für Sachkosten zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde in 2020 ein weiterer Bedarf an zusätzlichen Mitteln ermittelt und gewährt, so dass für Tarifierpassungen im Rahmen des Ziels „Gute Arbeit“ insgesamt 921.000 Euro aufgewendet wurden, um bei den Personalkosten der Zuwendungsempfänger die Abstände zum TV-L Niveau zu verringern bzw. zu schließen. Dieser zusätzlich benötigte Bedarf konnte aufgrund der hohen pandemiebedingten Einsparungen aus Vertragsmitteln gedeckt werden.

Datengrundlagen

Eine wichtige Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen bilden die Sachberichte der Projekte, die Erkenntnisse aus den laufenden Projektbegleitungen sowie die Ergebnisse der Projektgruppen in den jeweiligen Angebotsbereichen.

Darüber hinaus wurde wie in den Vorjahren in einigen Bereichen auf weitere statistische Erhebungen zurückgegriffen. Für den Bereich der Mobilitätshilfedienste (Angebotsbereich

1.1.1) basieren die Aussagen auch auf den Ergebnissen der BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH. Die statistischen Erhebungen der Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. für die Wohnungslosenhilfe (Angebotsbereich 4.1) und den Bereich der Angebote für Menschen mit Behinderung (Angebotsbereich 3) sowie die der BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH für die Straffälligenhilfe (Angebotsbereich 4.2) stellen weitere wichtige Grundlagen dieses Berichts dar.



- Mobilitätshilfedienste
- Pflegestützpunkte
- Sonstige Projekte

Der Angebotsbereich umfasst die meisten geförderten Projekte und hat den größten Mittelanteil im ISP. Dabei stellen die Pflegestützpunkte und Mobilitätshilfedienste die beiden größten Angebotssysteme dar.

Mobilitätshilfedienste werden im Vorfeld der Pflege für ältere Menschen aktiv, um die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu fördern, während Angebote der Pflegestützpunkte vorrangig das Ziel haben, die Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen zu verbessern. Komplettiert wird der Angebotsbereich durch einzelne Projekte, die Angebote zu speziellen Problemlagen im Bereich der Pflege bereithalten einschließlich der Themen Sterben, Tod und Trauer.

ANGEBOTSBEREICH 01 ALTENHILFE

SEITEN

12 - 24

01-1

MOBILITÄTSHILFEDIENSTE

 15 Projekte

 8,6 Mio. €

Die Mobilitätshilfedienste ermöglichen älteren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen durch Mobilisierung die Teilnahme am öffentlichen Leben und die Verrichtung von Alltagsaktivitäten.

Es handelt sich um ein niedrighwelliges, ambulantes Angebot im Vorfeld zur Pflege. Die Angebote umfassen zum Beispiel die Begleitung zu Spaziergängen, zu Terminen oder zum Einkauf, Treppenhilfen oder Rollstuhlschiebedienste. Das Angebot richtet sich an ältere Menschen (ab 60 Jahre), die ihre Häuslichkeit nicht ohne Hilfestellungen verlassen können. Damit wird auch der Verbleib in der eigenen Häuslichkeit weiter ermöglicht.

Mit dem Eintritt der Coronapandemie war die Arbeit der Mobilitätshilfedienste wesentlich bestimmt durch gesetzlich geregelte Vorschriften zum Infektionsschutz, unter anderem zur Einschränkung von Kontakten und weitere Hygieneregeln. Die auf der Grundlage des Bundes-Infektionsschutzgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen des Landes wurden laufend an die Erfordernisse zur Pandemiebekämpfung angepasst. In die Hygienekonzepte der einzelnen Mobilitätshilfedienste gingen zudem ergänzende Vorgaben ihrer Trägerorganisationen ein. Höchste Priorität hatten der Schutz der Mitarbeitenden sowie der Klientinnen und Klienten, die zu den besonders vulnerablen Risikogruppen zählen.

Während der gebotenen Kontakteinschränkungen sowie insbesondere während des ersten „Lockdown“ ab Mitte März 2020 haben die Mobilitätshilfedienste in Absprache mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zusätzliche Leistungen für ihre Klientinnen und Klienten angeboten.

Anzahl an Klientinnen und Klienten

4.559 4.274

2019

2020

Dies waren vor allem Einkaufshilfen sowie Telefongespräche. Begleitleistungen konnten von den Mobilitätshilfediensten in dieser Zeit nicht angeboten werden.

Bestimmend für das Leistungsgeschehen während der Pandemie war die umfassende Rücksichtnahme auf die Klientinnen und Klienten, die ausweislich des Infektionsgeschehens zu den besonders vulnerablen Gruppen zählen. Ebenso wichtig war die Sorgenahme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mobilitätshilfedienste, die teils selbst zu Risikogruppen gehören und potenzielle Überträger der Infektion sind. Infektionsrisiken mussten unter allen Umständen vermieden werden. Daher kann der festgestellte Rückgang der Leistungsdaten für die Anzahl der Klienten und der Einsatzzeiten nicht überraschen.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der Dauer und Intensität der Kontakteinschränkungen während des ersten Lockdown (22.03.-04.05.2020) sowie im „Lockdown Light“ ab 02.11.2020 (und weiteren Einschränkungen des „zweiten Lockdown“ ab 13.12.2020) zu bewerten. Neben der Dauer der Kontakteinschränkungen im engsten Sinne müssen zudem die Zeitspannen für die Organisation und Wiederaufnahme der Begleitleistungen durch die Mobilitätshilfe-

dienste nach dem ersten Lockdown in die Bewertung einbezogen werden. Demzufolge kann davon ausgegangen werden, dass die im ersten Lockdown ausgefallenen Begleitleistungen im Wesentlichen nachgeholt wurden.

Mit der Entwicklung und Übernahme zusätzlicher Leistungen, vor allem während des Lockdown haben die Mobilitätshilfedienste einen deutlichen Beitrag zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie in Berlin geleistet.

Einsatzpunkte aller Dienste

(1 Einsatzpunkt entspricht einer Dauer von bis zu 30 Minuten)

661.676

2019

-22,4%

513.535

2020

Hierzu gehörten neben anderem vor allem die Einkaufsdienste für Lebensmittel und das Besorgen von Arzneimitteln sowie telefonische (Sorge-) Gespräche für zumeist Alleinlebende und während des Lockdown zusätzlich isolierte Klientinnen und Klienten. In dieser Zeit wurden über **45.000** Einsatzpunkte für Einkäufe sowie ca. **12.000** Telefongespräche für die Klientinnen und Klienten geleistet.

Anzahl an Mitarbeitenden

Art der Beschäftigung	2019	2020
Hauptamtliche Mitarbeitende	275	269
Arbeitsgelegenheit	267	132
Förderung von Arbeitsverhältnissen	9	5
Solidarisches Grundeinkommen	-	22
§ 16i SGB II	94	96
Bundesfreiwilligendienst	12	9
Ehrenamtliche	146	96
Praktika, Freiwilliges soziales Jahr	23	13
GESAMT	826	642

Schutz vulnerabler Gruppen

Das Berichtsjahr 2020 stand im hohen Maße unter dem Einfluss des ständig wechselnden Pandemiegeschehens. Die Projekte setzten die jeweils geltende Rechtslage um und passten die Angebote kontinuierlich an. Als

problematisch stellte sich heraus, dass sich die Mobilitätshilfedienste keinem der in den Vorschriften benannten Bereichen zuordnen lassen. Sie haben ein Alleinstellungsmerkmal und gehören z.B. weder dem Bereich Pflege noch dem der körpernahen Dienstleistungen oder SGB IX-zugehörigen Angeboten an. Demzufolge war die Verunsicherung bei den Projekten groß, welche Vorgaben im Einzelnen Anwendung finden müssen. Besondere Herausforderungen ergaben sich im Bereich der Mobilitätshilfedienste durch den Schutz der vulnerablen Personengruppen (Klientinnen und Klienten einerseits aber auch auf Seiten der Helferinnen und Helfer andererseits).

Knapp **60%** der Klientel ist älter als **80** Jahre. Zudem zeichnen sich die Begleitungen regelmäßig durch eine besondere Körpernähe aus (Unterarmeln, Begleitung mit Rollator, Rollstuhl Schiebedienst, Unterstützung beim Umsetzen oder Anlegen der Oberbekleidung etc.). Da der gebotene Abstand von mind. 1,5 Meter nicht eingehalten werden konnte, kam das Begleitangebot während des Lockdowns zum Erliegen.

Auch die fehlende Schutzausrüstung (Masken, Visiere, Handschuhe, etc.) und Hygieneartikel trugen zu einer starken Verunsicherung sowohl bei Klientel wie auch Helfenden bei

und führten dazu, dass in den Mobilitätshilfediensten anfangs viel, z.B. mit selbst genähten Mundschutz, improvisiert werden musste. Aufgrund der Anpassung des Angebots durch anderen Unterstützungsleistungen (Einkaufen für die Klientel und Telefonate) konnte die Grundversorgung aber auch die psychische Unterstützung der Klientinnen und Klienten gesichert werden.

Die Zahl der ehrenamtlich Tätigen war auch pandemiebedingt stark rückläufig. Zudem wurden seitens der Jobcenter - teilweise vollständig - Mitarbeitende aus Beschäftigungsmaßnahmen abgezogen. Damit zeigt sich erneut, wie wichtig die regelmäßig und dauerhaft bereitstehenden hauptamtlichen Kräfte als Stütze des Angebots sind.

Über die Jahre besteht regelmäßig eine hohe Fluktuation im Bereich der Dienste. Damit verbunden ist ein hoher Aufwand der Mobilitätshilfedienste zur Gewinnung neuer Klientel unter anderem durch Öffentlichkeitsarbeit und Gespräche. Die Folgen der Pandemie zeigten sich in einer verschlechterten Mobilität durch entstandene Bewegungsdefizite und verstärkte Isolations- und Vereinsamungstendenzen. Dies gilt es sukzessive abzubauen und aufzufangen.

Anzahl an neugewonnen Klientinnen und Klienten

1.330	932
2019	2020

Ausgeschiedene Klientinnen und Klienten

1.073	1.073
2019	2020

Fachliche Bewertung

Das Ziel der Durchführung von Begleitleistungen konnte während des Jahres 2020 nicht immer erreicht werden. Um den Ängsten/Sorgen der älteren Menschen zu begegnen und der drohenden Vereinsamung entgegenzuwirken, wurden Telefonate in großem Umfang geführt. Damit konnte ein regelmäßiger Austausch mit der Klientel erfolgen und zumindest ein Teil der Ängste und Unsicherheiten aufgefangen werden.

Problematisch gestaltete sich jedoch die fehlende körperliche Mobilisierung, die erst im letzten Jahr nach und nach aufgefangen werden konnte. Mit den Auswirkungen beschäftigen sich viele Mobilitätshilfedienste noch heute.

Zudem waren und sind weiterhin viele ältere Menschen verunsichert, wollen nicht die Wohnung verlassen oder verstanden z.B. aufgrund des Krankheitsbildes nicht die notwendigen Maßnahmen. Als besonders hilfreich, vor allem in den Zeiten des Lockdowns, war die Angebotserweiterung auf Einkäufe/Besorgungen für die Klientel. Damit war die Klientel geschützt und gleichzeitig deren Grundversorgung sichergestellt.

Die Mobilitätshilfedienste äußerten sich zeitweilig unzufrieden mit der Kommunikation und Unterstützung vor allem während des ersten Lockdowns. Hier blieben viele Fragen zur Umsetzung offen. Dies war teilweise auch des insgesamt sehr unübersichtlichen, ständig wechselnden Pandemiegeschehens geschuldet.

01-2

PFLEGESTÜTZPUNKTE

 12 Projekte

 3,4 Mio. €

Die beratende, koordinierende und vernetzende Tätigkeit der Pflegestützpunkte ist darauf ausgerichtet, dass ältere und pflegebedürftige Menschen wunschgemäß möglichst in der eigenen Wohnung verbleiben, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Ihre Arbeit zielt vornehmlich darauf ab, die Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen zu verbessern. Unterziele hierzu sind beispielsweise die Erleichterung der Inanspruchnahme der gesetzlich vorgesehenen Sozialleistungen von Menschen mit allgemeinem Betreuungs- und/oder Pflegebedarf und die einzelfallbezogene Sicherstellung eines bedarfsgerechten Hilfemixes.

Zwölf der 36 (zzgl. ein Modellprojekt) Pflegestützpunkte werden durch das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, gefördert. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt durch freie Träger der Sozialen Arbeit.

Die einzelnen Träger der landesseitigen Pflegestützpunkte haben Hygienekonzepte mit ihren Betriebsärzten zur Eindämmung der Pandemie bzw. den Schutz vor dieser entwickelt. Diverse standortbezogene Maßnahmen im Umgang mit der Pandemie sorgten dafür, dass alle Pflegestützpunkte ihre Arbeit durchgängig fortgeführt haben. Den Umständen entsprechend ergaben sich Verschiebungen in den Schwerpunkten der Angebote, der Erreichbarkeit und der Präsenz in den Räumlichkeiten ohne dass es für die Zielgruppe der Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen gravierende, erkennbare nachteilige Auswirkungen hatte. Die Anzahl der Ratsuchenden ist im Vergleich zum Vorjahr auch unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie in etwa auf demselben Niveau geblieben.

Anzahl an Ratsuchenden

35.292 35.137

2019

2020

Telefonische und digitale Beratungen und Konferenzen wurden eingeführt um persönliche Kontakte zu vermeiden. Die telefonische Erreichbarkeit über das Servicetelefon der Berliner Pflegestützpunkte wurde zeitweise auf Montag bis Sonntag zwischen 9-18 Uhr erweitert. Auf Grund der pandemischen Lage musste zeitweise auf persönliche Gespräche in der Häuslichkeit, ein besonderes Markenzeichen der Berliner Pflegestützpunkte, verzichtet werden.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fanden aufgrund der Pandemie im Jahr 2020 kaum Präsentationen oder Informationsveranstaltungen in der Öffentlichkeit statt. Alle technischen Möglichkeiten um beispielsweise Veranstaltungen in die Öffentlichkeit zu bringen, befanden sich noch in der Erprobung oder Entwicklung. So gab es noch kein Tool um Online-Informationsveranstaltungen aus den Reihen der PSP anzubieten.

Anzahl an Hausbesuchen

1.974 1.308

2019

2020

Es konnten im Jahr **2020** mindestens **1.041** (**4.834** in **2019**) Menschen bei Vorträgen und Informationsveranstaltungen erreicht werden. Die Arbeit in regionalen und überregionalen Gremien und Netzwerke fand teilweise weiterhin statt. Überregional wurden von Seiten der Organisatoren viele Treffen, Arbeitsgemeinschaften und Veranstaltungen abgesagt. Innerhalb einiger Bezirke fanden nach wie vor Treffen innerhalb der Netzwerke und Verbände statt, teils in Telefonkonferenzen, teils in Form von Videokonferenzen. Es bildeten sich auch neue Arbeitsgemeinschaften, beispielsweise zur Umsetzung von Angeboten in Pandemiezeiten.

Umstellung auf digitalisierte Angebote

Durch das große Engagement der einzelnen Träger konnten gravierende Einschnitte für die Zielgruppe vermieden werden. Die Digitalisierung der Angebote konnte weiterentwickelt werden. Möglichkeiten des mobilen Arbeitens wurden erfolgreich erprobt, dies hat sich insbesondere bei der Aktualisierung der Datenbank **Hilfelotse Berlin** positiv ausgewirkt.

Eine große Herausforderung für Ratsuchende und Beratende stellte die unmittelbar erforderlich gewordene Umstellung auf digitale Medien dar. Sich auf online-Formate einzulassen, erfordert auf beiden Seiten den Abbau von Bedenken gegenüber den neuen Instrumenten sowie eine höhere Konzentration, insbesondere bei längeren Terminen. Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungstreffen in online-Formaten zu ermöglichen war in den Anfangszeiten der Pandemie aus diesen Gründen herausfordernd und auch weil die technischen Voraussetzungen erst geschaffen werden mussten. Schnell wurde deutlich, dass eine erfolgreiche Online-Netzwerkarbeit nur an eine bereits bestehende Struktur anknüpfen kann.

Die Ziele wurden trotz der für alle neuen und schwierigen Situation gut erreicht.

Vergleiche dazu

Internetauftritt der Datenbank **Hilfelotse Berlin**

Mehr erfahren 

01-3

SONSTIGE PROJEKTE

 08 Projekte

 1,25 Mio. €

Der Teilangebotsbereich umfasst Projekte, die sowohl beraten und informieren, als auch Themen im Pflege- und Hospizbereich übergreifend bearbeiten (Spezielle Fachstellen im Pflegebereich, Hospize).

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bietet berlinweit Beratung für ältere und behinderte Menschen aus der Jüdischen Gemeinde an, die zu einem Teil Überlebende der Shoa und deren Angehörige sind.

Das kom.zen ist das Referenzmodell des Landes Berlin zum Thema „Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“. Es hat die Aufgabe, Zugangsbarrieren zur Altenhilfe zu identifizieren und fungiert als Brücke zwischen den Bereichen der Altenhilfe, Migration und der Öffentlichkeit und fördert im Bereich Seniorenpolitik die politische Teilhabe älterer Menschen mit Migrationsgeschichte.

Hospize

Die Corona-Pandemie stellte die hospizlichen Strukturen und auch die vom Land geförderten übergreifenden Projekte in diesem Jahr vor große Herausforderungen.

Das Auftreten der Corona-Pandemie führte zum Umdenken und Anpassen bestimmter Formate zur öffentlichkeitswirksamen Verbreitung des Hospiz- und Palliativgedankens. Die Abkehr von Präsenzveranstaltungen und erstmalige Durchführung einer virtuellen Berliner Hospizwoche, die mit Blick auf die Pandemie unter dem Motto „**Wir sind für Sie da!**“ stand, verdeutlichen den vollzogenen Wandel. Es wurden unter anderem digitale Impulse in Form von Video-Interviews auf der Internetseite der Hospizwoche gegeben sowie drei Plakate entwickelt im Straßenbild, auf U-Bahnhöfen und an BVG-Bussen veröffentlicht.

Die Zentrale Anlaufstelle Hospiz (ZAH) war mit steigenden Nachfragen der Bürgerinnen und Bürgern zum Themenfeld Notfallvorsorge konfrontiert. Bei über der Hälfte aller Gespräche wurden Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht oder die Berliner Notfallverfügung angesprochen. Der Themen- und Aufgabenschwerpunkt „Sterben in Not“ gewann in

2020 gerade auch pandemiebedingt an Bedeutung.

Um auf die an die herangetragenen Beratungswünsche vor dem Hintergrund oftmals prekärer Versorgungsnoté besser reagieren zu können, wurde im April 2020 ein Sondertelefon zur Berliner Notfallverfügung geschaltet.

Spezielle Fachstellen

Die **Fachstelle für pflegende Angehörige** hat keinen unmittelbaren Beratungsauftrag gegenüber Betroffenen, sondern berät Unterstützungsstrukturen. Der Schwerpunkt liegt in der Netzwerkarbeit, der konzeptionellen Entwicklung des Berliner Unterstützungssystems für pflegende Angehörige, sowie der Organisation der Woche der pflegenden Angehörigen. Während der Pandemie war die Tätigkeit zunächst darauf ausgerichtet, die teaminterne Kommunikation sowie die Kommunikation mit der fachlich zuständigen Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und den vielfältigen Projektpartner*innen digital auszurichten. Die Fachstelle startete bereits im März 2020 einen Aufruf unter den wichtigsten Partnern für die Unterstützung von pflegenden Angehörigen in Berlin zum gemeinsamen Handeln in der Corona-Pandemie.

Vergleiche dazu

Internetauftritt der Hospizwoche

Mehrerfahren [→](#)

Umfrage in über 40 Pflegeeinrichtungen mit Berater*innen zur gesundheitlichen Versorgungsplanung in der letzten Lebensphase

Mehrerfahren [→](#)

Durch diesen Anstoß wurden im weiteren Diskurs vorhandene Angebote temporär ausgeweitet und über die „Berliner Woche“ seitens der Fachstelle berlinweit bekannt gemacht. Zu wichtigen Corona-Maßnahmen wie z.B. dem gezielten Testangebot oder der Impfstrategie für Angehörige von Pflegebedürftigen im Dezember gab die Fachstelle wichtige Impulse. Die Fachstelle wertete 2020 die Corona-Maßnahmen aus der ersten Welle mit Blick auf pflegende Angehörige aus und gab Empfehlungen für die weitere Vorgehensweise bzw. die Unterstützung pflegender Angehöriger bei der zukünftigen Pandemiebekämpfung.

Die Beratungsarbeit des Projektes **„Pflege in Not“** war ab März 2020 maßgeblich durch die Coronapandemie geprägt.

Dabei war das Projekt speziell als Experte für Überforderung, Konflikte, Aggressionen und Gewalt in der häuslichen Pflege bzw. zur Unterstützung junger Pfleger gefragt. Pandemiebedingt erfolgte ein großer Teil an Beratungen in digitaler Form. Bedingt durch die mit der Pandemie einhergehenden zusätzlichen Belastungen und Herausforderungen für die Klientel des Projekts wurde das Beratungsangebot erheblich ausgeweitet (Verdreifachung der Sprechzeiten und Hinzunahme der Samstage ab 16. März bis Ende Herbst 2020). Der Beratungsschwerpunkt „Aggressionen und Konflikte in der Pflege alter Menschen“ hat unter den gegebenen Bedingungen weiter an Bedeutung gewonnen. Zu den Erfahrungen, Herausforderungen und Auswirkungen auf die häusliche und stationäre Pflege sowie auf die Beratungstätigkeit von Pflege in Not wurde ein spezieller Corona-Bericht erstellt.

Neben den umfangreichen Beratungsleistungen von „Pflege in Not“ sind Fachaustausch und Vernetzung weitere wichtige Bausteine der Projektarbeit. Den Schwerpunkt bildete hierbei die Teilnahme an diversen Expertentischen. Auch hier war das Projekt speziell als Experte für Überforderung, Konflikte, Aggressionen und Gewalt in der häuslichen Pflege bzw. zur Unterstützung junger Pfleger gefragt.

Anzahl an Beratungen in den Fachstellen

3.143

2020

Die Corona-Pandemie stellte die Strukturen zur Versorgung chronisch kranker und pflegebedürftiger Kinder und auch die vom Land geförderte, Caremanagement-Aufgaben wahrnehmende **Fachstelle MenschenKind** vor große Herausforderungen. In der Anfangszeit der Pandemie gab es noch wenige allgemeine Informationen, insbesondere auch zur Gefährdungslage von Kindern mit chronischen Erkrankungen. Das Projekt sammelte diesbezügliche wissenschaftlich hinterlegte Informationen sowie Vorgaben des Senats bezüglich der Corona-Schutzmaßnahmen und leitete diese an die Netzwerke weiter. Um eine Übersicht zur Lage der Familien zu erhalten und diese an verantwortliche Stellen weiterzuleiten befragte MenschenKind regelmäßig Fachpartner, bereitete die Informationen auf, leitete Handlungsbedarfe ab und kommunizierte diese. Durch die pandemiebedingten notwendigen

Kontakteinschränkungen konnte die Netzwerkarbeit nur bedingt umgesetzt und musste auf digitale Formen umgestellt werden.

Kom.zen

Mit Beginn der Pandemie kam es zu einer Neuorganisation der Arbeit des kom.zen, was gleichermaßen die Inhalte wie auch die Arbeitsstruktur betraf. Die Angebote mussten komplett auf digitale Formate umgestellt werden, in der hierfür erforderlichen Zeit mussten die originären Aufgaben des kom.zen temporär zurückgestellt bzw. in sehr rudimentärer Form weiterverfolgt werden. Die analoge Teamarbeit wie auch die Arbeit mit den Zielgruppen des kom.zen konnte nur noch online erfolgen. Die Mitarbeitenden des kom.zen unterstützten zudem unmittelbar mit Beginn der Pandemie, die Informations- und Aufklärungsangebote der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung. Hierzu gehörten u.a. Übersetzungen zum Umgang mit dem Virus, zu Beratungs- und Anlaufstellen usw.

Im Rahmen der auch weiterhin erfolgenden sozialpolitischen Aktivitäten wirkte das kom.zen u. a. als Mitglied im Landesseniorenbeirat aktiv mit.

Vergleiche dazu

Internetauftritt des kom.zen

Mehr erfahren →

Ambulante Hospizarbeit in Berlin

Wir beraten Sie und Ihre Angehörigen in Ihrer persönlichen Situation

Wir sind auch im Alltag für Sie und Ihre Angehörigen da. Ihre ehrenamtliche Begleitung nimmt sich für Sie Zeit.

Wir kommen da hin, wo Sie sind. Zu Ihnen nach Hause, in die Pflegeeinrichtung oder im Krankenhaus.

Unsere Angehörige sind für Sie erreichbar.

Hospiz- und Palliativverband Berlin e.V. www.hospiz-berlin.de

Hospizarbeit lebt vom Ehrenamt. Wir brauchen Sie!

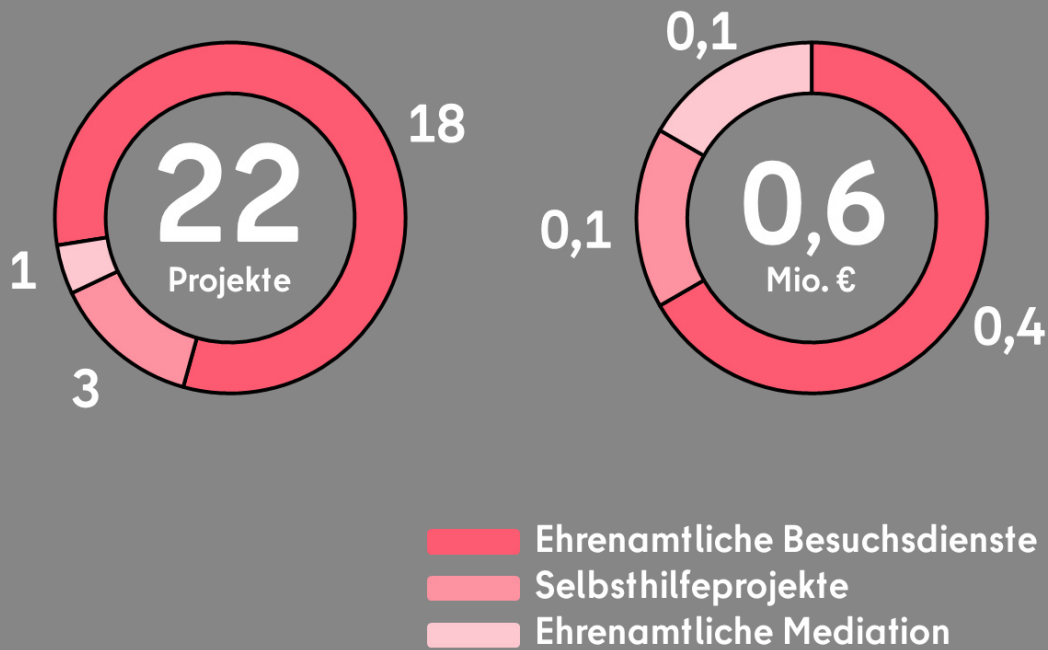
Wir sind für Sie da!
Und gemeinsam können wir viel bewegen.
Ihre Berliner Hospizbewegung

Wir sind für Sie da!
Auch in diesen unruhigen Zeiten.
Ihre Berliner Hospizbewegung

Antidote sind unendlich. Hoffen und Träumen sind Pflicht Angehöriger zur Seite.

Mehrere Kampagnen zur (ambulanten) Hospizarbeit:

Engagement im hospizlichen Ehrenamt ist ein wichtiger Teil der hospizlichen Arbeit. Trotz Rettungsschirmen und Sonderregeln ist die hospizliche Arbeit wie auch schon in der Vergangenheit weiterhin auf Zuwendungen (Spenden) angewiesen.



Soziale Isolation alter, kranker und behinderter Menschen wirken die Besuchsdienste entgegen, die in besonderem Maße auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind.

Komplettiert wird der Bereich durch Selbsthilfegruppen für Menschen mit gemeinsamen Problemlagen. Der Bereich verbucht den geringsten Finanzierungsanteil im ISP, erreicht dafür jedoch einen vergleichsweise großen Personenkreis.

ANGEBOTSBEREICH 02 EHRENAMT UND SELBSTHILFE

SEITEN

25 - 31

ANGEBOTSBEREICH 02

EHRENAMT UND SELBSTHILFE

Das Jahr der Pandemie

Aufgrund der Auswirkungen, verschiedener staatlicher Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus, auf die Projektumsetzungen, im Rahmen des Förderprogramms ISP, konnten die geförderten ehrenamtlichen Besuchsdienste ihre Angebote nicht im üblichen Rahmen und gemäß den abgestimmten Projektkonzeptionen, wie in den Jahren zuvor, umsetzen.

Die Zahl der Personen, die die Angebote der ehrenamtlichen Besuchsdienste im Jahr 2020 in Anspruch genommen haben, hat sich gegenüber dem Vorjahr 2019 mehr als halbiert. Erfasst wurden im Jahr 2020 insgesamt **5.122** Personen, das entspricht gegenüber dem Vorjahr 2019 einem Rückgang von rd. **59 %**.

Anzahl an telefonischen Anfragen und Beratungsgesprächen

14.079 **24.534**

2019

2020

Im Vergleich dazu konnte die Zahl der sich Engagierenden annähernd auf dem Niveau des Jahres 2019 gehalten werden. Im Jahr 2020 haben sich in den ehrenamtlichen Besuchsdienste **1.055** Personen engagiert. Im Jahr 2019 waren insgesamt **1.241** Personen im Rahmen ihres Engagements bei den Besuchsdiensten tätig. Sowohl Freiwillige als auch die zu Besuchenden gehören überwiegend zur vulnerablen Personengruppe. Es bestanden aufgrund des Alters viele Ängste und Bedenken Besuche durchzuführen, auch als es in den Sommermonaten wieder zu Lockerungen der Corona-Maßnahmen kam. Aus Vorsicht haben viele der zu besuchenden Menschen gar keinen persönlichen Besuch empfangen wollen.

Dadurch haben die Projekte sowohl zu Freiwilligen, als auch zu besuchsbedürftigen Personen den Kontakt verloren.

Grundsätzlich waren alle Besuchsdienste in der Ausgestaltung und Umsetzung ihrer Arbeit von den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus betroffen. In Einzelfällen, vor allem aufgrund der pandemiebedingten, erforderlichen Schutz-

und Hygienemaßnahmen, mussten die Angebote zeitweise ausgesetzt werden oder sind gar komplett weggefallen. Zu Schließungen bzw. zum Wegbrechen einzelner Besuchsdienstangebote kam es dann, wenn besonders vulnerable Zielgruppen wie z. B. Menschen mit Behinderungen oder Kinder, Jugendliche oder Junge Erwachsene in Krankenhäusern im Fokus der Besuchsdienste standen. In Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern waren die Besuchsdienstmöglichkeiten stark eingeschränkt und mitunter sogar untersagt.

Zusammenfassend kann die Aussage getroffen werden, dass Besuche zumeist unter Einhaltung „AHA-Regelungen“ sowie den individuellen Bedingungen der Freiwilligen und der zu Besuchenden stattgefunden haben, sofern dies nicht durch staatliche Lockdown-Vorgaben ausgeschlossen war. Das heißt unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen und sofern möglich fanden Besuche im Freien statt.

Auf Gruppenangebote wurde hingegen im Jahr 2020 grundsätzlich verzichtet.

Als Alternative zu den bis dahin üblichen Besuchsdienstformaten haben sich auch andere Kontaktformate etablieren können. Wenn

Anzahl an Einzelbesuchen durch ehrenamtlich Engagierte

33.828 **16.167**

2019

2020

auch der persönliche Kontakt von Angesicht zu Angesicht nicht möglich war, wurden vielfach die Kontakte über das Telefon oder per E-Mail aufrechterhalten. Der klassische Austausch per Brief oder digitale Medien wie Videochats fanden ebenfalls ihren Platz, um den Kontakt zwischen den Freiwilligen und den zu Besuchenden aufrechterhalten zu können. Ziel der geförderten Besuchsdienste war jederzeit die Angebote aufrechtzuerhalten, um der steigenden Einsamkeit/Vereinsamung und Isolation der vulnerablen Zielgruppen entgegenzuwirken.

Anzahl an Gruppenveranstaltungen und -besuche

1.165 **169**

2019

2020

Weiterentwicklung und weitere Anpassung an die Begebenheiten

Auf Empfehlung der Projektgruppe hin, konnte bereits im Jahr 2019 aufgrund der nicht vollständig zuordenbaren zusätzlichen Mittel für die Interkulturelle Öffnung im Angebotsbereich der Besuchsdienstprojekte der Grundstein für eine auskömmlichere finanzielle Ausstattung der hauptamtlichen Projektkoordination gelegt werden.

Vier bereits in der Förderung befindliche Besuchsdienstprojekte sowie ein neu in das Förderprogramm ISP aufgenommenes Besuchsdienstprojekt erhielten zusätzliche finanzielle Ressourcen zur Stärkung der Koordination, die sich jeweils auf rd. **8.500** bis **15.000** Euro beliefen.

Mit Blick auf den 3. Rahmenfördervertrag stellten die bereits im Jahr 2019 erarbeiteten und frühzeitig erarbeiteten gemeinsamen Strukturempfehlungen zur perspektivischen Weiterentwicklung des ehrenamtlichen Besuchsdienstangebots im Integrierten Sozialprogramm durch die LIGA- und Verwaltungsvertreter*innen der Projektgruppe auch im Frühjahr 2020 die Grundlage für die weitere

Ausgestaltung und Arbeit im Rahmen der Projektgruppe bzw. des Angebotsbereichs dar. Als fachliche Themen wurden für das Jahr 2020 die Verbesserung der Datenlage in den sogenannten Sachberichten sowie die weitere Aktualisierung und Anpassung der Websites für ehrenamtliche Besuchsdienste auf berlin-besucht.de und berlin.de festgelegt und geplant.

Durch den Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg K. d. ö. R. erfolgte die weitere Aktualisierung der Kontaktdaten sowie redaktionelle Anpassungen auf der Website der ehrenamtlichen Besuchsdienste auf berlin.de sowie der Projektübersichtsseite wurden fortlaufend auf aktuellem Stand gehalten.

Vergleiche dazu

Internetauftritt der ehrenamtlichen Besuchsdienste

Mehr erfahren 

Auftritt der ehrenamtlichen Besuchsdienste auf der Webseite des Landes Berlin

Mehr erfahren 

Im Rahmen der Prüfung der Sachberichte zu den Verwendungsnachweisen des Jahres 2019 wurden soziodemographische Angaben

der Nutzenden und Freiwilligen zusammengetragen und ausgewertet. Unstimmigkeiten konnten in Zusammenarbeit mit den Projekten ausgeräumt werden. Die Projektverantwortlichen wurden bezüglich ihrer gemachten Angaben sensibilisiert, sodass von einer Verbesserung der Datenlage auch in Folgejahren ausgegangen werden kann.

Ergänzend zu den oben ausgeführten Sachverhalten bezüglich der Corona Pandemie ergaben sich auf Ebene der Projektgruppe aber auch Projektebene vielfältige Herausforderungen. Zunächst war über Angebotsanpassungen und -einschränkungen sowie zahlreiche aufkommende Fragestellungen z. B. zur Umsetzung physischer Besuche (auch Großelterndienst), Bedarfen an persönlicher Schutzausrüstung wie Masken und Desinfektionsmittel und deren Finanzierung nachzudenken. Im Austausch zwischen den LIGA- und Verwaltungsmitarbeiter*innen wurden zügig gemeinsame Hinweise zum Umgang mit dem Corona-Virus erarbeitet und diese den Besuchsdienstprojekten zugeleitet.

Die Aufrechterhaltung von Kontakten zwischen Freiwilligen und zu Besuchenden hatte trotz der Umstände eine hohe Priorität. So konnten Kontakte zwischen Freiwilligen und zu Besuchenden zunächst über Telefon oder sonstige digitale Medien aufrechterhalten

werden. Der Betreuungsbedarf der Freiwilligen und zu Besuchenden durch die Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren nahm deutlich zu und beanspruchte diese zusätzlich stark. Ebenso nahmen konzeptionelle Arbeiten auf Seiten der Besuchsdienstprojekte zu, nicht nur durch die Entwicklung von entsprechenden Hygieneschutzmaßnahmen, sondern auch bei der Schaffung neuer Besuchsformate, die der steigenden Einsamkeit und Isolation der zu Besuchenden entgegenwirken sollten.

Auswirkungen auf die praktische Arbeit

Ziel der geförderten Projekte, vor allem der ehrenamtlichen Besuchsdienste ist die Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie Einsamkeit und sozialer Isolation, insbesondere der zu besuchenden Seniorinnen und Senioren, entgegenzuwirken.

Anzahl an Anerkennungsveranstaltungen

50

2019

13

2020

Bei ganzheitlicher Betrachtung kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die Mehrzahl der ehrenamtlichen Besuchsdienste, aber auch der sonstigen begleitenden Angebote wie der Großeltern dienst, der Arbeitslosentreffpunkt des Berliner Arbeitslosenzentrum oder Seniorpartner in School, nach individueller Abstimmung mit ihren Freiwilligen und zu unterstützenden Menschen bereits zu Beginn der Pandemiezeit auf telefonische Kontakte, Briefwechsel, Einkaufshilfen und teilweise auf Kontakte per WhatsApp oder E-Mail umgestellt haben. Dabei wurden auch Angebote wie die Einrichtung eines Sorgentelefon oder „Mutmachkonzerte“ entwickelt.

Unter Einhaltung aller Hygiene- und Abstandsregeln haben in einigen Projekten auch wieder persönliche Treffen an der frischen Luft bzw. Begegnungen mit entsprechendem Abstand stattgefunden.

In den Räumlichkeiten der Projekte waren die Besuchsmöglichkeiten in der Regel stark eingeschränkt.

Gleichwohl wurden bei Abstimmungsgesprächen zwischen den Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren, Freiwilligen und den zu Besuchenden viele Ängste festgestellt. Dies

führte oftmals dazu, dass keine persönlichen Besuche stattfinden konnten.

Teilweise haben die Projekte Freiwillige, aber auch zu Besuchende und Kursteilnehmer*innen verloren.

01

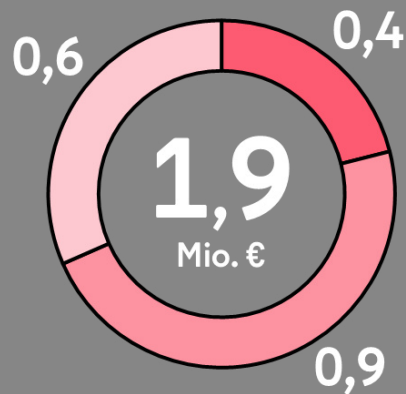
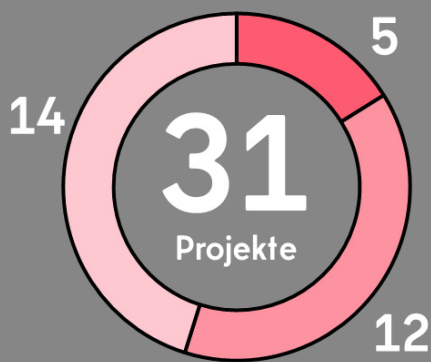
02
EHRENAMT UND
SELBSTHILFE

03

04

05

06



- Übergreifende Beratungsprojekte
- Beratungsangebote
- Freizeitangebote

Die Angebote dieses Bereiches richten sich an Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, Betreuerinnen und Betreuer. Neben diversen Beratungsprojekten, die zu unterschiedlichen Themengebieten spezialisierte Beratungen und Informationen anbieten, halten die sogenannten Freizeitprojekte vielfältige niedrigschwellige sozialintegrative und kulturelle Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung zur Freizeitgestaltung vor.

Die gesamtstädtischen Angebote sind eine wichtige Ergänzung zu den entgeltfinanzierten Diensten und Einrichtungen im Land Berlin.

ANGEBOTSBEREICH 03 MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

SEITEN

32 - 37

ANGEBOTSBEREICH 03

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

In der Behindertenhilfe wurden während der Pandemie in den Zeiten des ersten Lockdowns die Beratungsangebote und Freizeitangebote zum Schutz der vulnerablen Bevölkerungsgruppen der Behindertenhilfe geschlossen. Im weiteren Verlauf der Pandemie wurden im Freizeitbereich die Teilnehmerzahlen in Präsenzangeboten erheblich reduziert. Die Angebote von Beratungen und Informationen mit niedrighschwelligem Zugang wurden mit erheblichem Einsatz der Projekte umgestellt auf Kontakte per Telefon, Mail, oder Videotelefonie bzw. Videokonferenz. Um Isolationen vorzubeugen und die Kontakte aufrecht zu erhalten haben auch im Freizeitbereich viele Einzelkontakte im Wesentlichen im Freien durch die Projektmitarbeitenden stattgefunden. Das Jahr 2020 war trotz der grundsätzlichen und weitgehenden Fortführung der Angebote von Verängstigungen und Einsamkeit der Nutzenden geprägt, was für die Projekte eine große Herausforderung bedeutete. Aus Angst vor Ansteckung haben sich viele Nutzenden auch zurückgezogen, so dass ein hoher Aufwand notwendig war, die Kontakte zu den Nutzenden zu erhalten. Die zeitweisen Schließungen während des Lockdown im Frühjahr 2020 wurden u.a. für notwendige Umstrukturierungen und/oder Renovierungsarbeiten genutzt.

Wohnvermittlung und Beratung für Menschen mit Behinderung

In den 4 Projekten der Wohnplatzvermittlung und Beratung für Menschen mit Behinderung wurden im Jahr 2020 an insgesamt 1.381 Personen Leistungen erbracht.

Das waren im ersten Jahr der Pandemie 105 Personen mehr als im Jahr 2019, entsprach aber in etwa den gleichen Leistungen wie in 2018. Eine Auswirkung der Pandemie konnte nicht festgestellt werden.

Leistungen der Wohnvermittlung

1.366	1.276	1.381
2018	2019	2020

Übersicht der Datenbank „Mobidat“

Seitenbesuche	138.000	126.000
Nutzerinnen und Nutzer	129.600	121.000
	2019	2020

Bei den niedrigschwelligen Beratungsangeboten wurden im Vergleich zu 2019 mehr Leistungen erbracht als im Vorjahr. Der höhere Informationsbedarf des Personenkreises resultierte zum Teil an der starken Verunsicherung aus den pandemiebedingten Einschränkungen. Ein Rückgang der Leistungen war bei den Haus- und Krankenbesuchen zu verzeichnen. Auch waren wesentlich weniger Hilfen zur Kommunikation nachgefragt. Ursächlich waren hier sicherlich die Kontakteinschränkungen.

Angelegenheiten wurden verschoben oder bei Unaufschiebbarkeit mittels E-Mail erledigt. Notwendige Begleitungen zu Ämtern, Ärzten oder zum Einkaufen hingegen wurden im Vergleich zu 2019 um mehr als doppelt so oft nachgefragt.

Leistungen der Beratungsangebote

	2019	2020
Information	6.582	7.275
Beratung	11.928	13.571
Vermittlung an Wohnbetreuung	6	5
Vermittlung an Fachkräfte bzw. Fachstellen	472	329
Vermittlung an Selbsthilfegruppen/Ehrenamtliche Initiativen	497	396
Sonstige Vermittlungen	154	107
Haus- und Krankenbesuche	578	258
Begleitung zu Ämtern, Arztpraxen, Einkäufen	167	376
Hilfe zur Kommunikation	2.184	1.202
Sonstige Leistungen	776	453
Gesamt	23.344	23.972

Leistungsvergleich der Angebote im Freizeitbereich

	2019	2020
Anzahl Veranstaltungsangebote	219	212
Anzahl Termine	6.941	4.490
Ø Anzahl Besucher*innen pro Termin	11-12	8-9
Prozentuale Anteile der Veranstaltungsarten		
Offener Treff / Treffpunkt	8,4%	9,5%
Offene Freizeitangebote	28,8%	30,0%
Veranstaltungen und Kurse	29,8%	31,9%
Feste / Auftritte / Präsentationen	17,7%	9,0%
Reisen	2,3%	0,5%
Wochenendangebote und Ausflüge	3,7%	3,8%
Selbsthilfe	2,3%	1,4%
Kulturelle Veranstaltung	2,3%	--
Ehrenamtliche Initiative	3,3%	3,3%
Sonstige Veranstaltungen	1,4%	10,5%
Gesamt	100,0%	100,0%

01

02

03

04

05

06

MENSCHEN MIT
BEHINDERUNG

Für das Haushaltsjahr 2020/2021 standen für die Behindertenhilfe jährlich zusätzlich 150.000 Euro für eine Anpassung der Angebote mit BTHG Bezug zur Verfügung. Diese wurden wie folgt umgesetzt:

Projekte	Finanzbedarf 2020	Gepl. Finanzbedarf 2021	BTHG Bezug – konzeptionelle Erweiterung
Lotse	66.000,00 €	80.000,00 €	Koordination der Lotse Stellen, Beteiligung in den Bezirksgremien, Unterstützung bei der gemeinsamen Entwicklung der gesetzlich geforderten Angebotssteuerung mit dem Land Berlin.
Mutstelle	26.000,00 €	30.000,00 €	Empowerment zur Unterstützung von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung gegen sexualisierte Gewalt. Unterstützung der Träger bei der Entwicklung von Schutzkonzepten (Anlage Schutz des Berliner Rahmenvertrages).
Zukunftssicherung	15.000,00 €	15.000,00 €	Organisation und Durchführung von Veranstaltungen auch mit externer Unterstützung um Menschen mit geistiger Beeinträchtigung an das BTHG und deren Bedeutung heranzuführen.
BZSL	0,00 €	15.000,00 €	Empowerment zur Entwicklung eigener Haltungen in Bezug auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit durch niedrigschwellige Gruppenangebote, Informationsveranstaltungen, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit.
Hörbiz	10.000,00 €	10.000,00 €	Wegfall von Eigenmitteln - Sicherung der spezifischen Beratungsangebote für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen um deren Inklusion sicherzustellen.
GESAMT	117.000,00 €	150.000,00 €	

Restmittel im Umfang von 7.000 Euro aus dem Bereich der Behindertenhilfe wurden genutzt um die weitere interkulturelle Öffnung des Projektes Integral-Begegnungszentrum für Menschen mit und ohne Behinderungen des Integral e. V. zu fördern. Für eine bessere Erreichbarkeit wurden die Webseite und verschiedene Flyer in verschiedene Sprachen übersetzt.

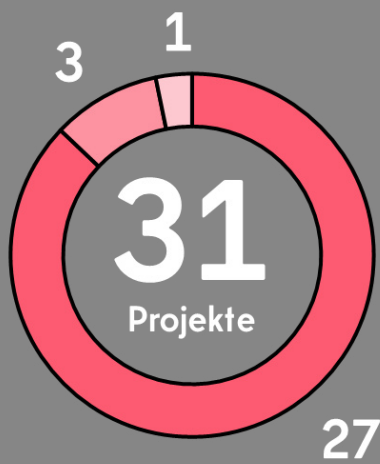
Sind trotz Corona Ziele erreicht worden?

Die Einschränkungen durch die Pandemie und zeitweisen Schließungen der Angebote hatten auf die Zielsetzung des Programms keinen Einfluss. Die Zielsetzungen konnten in der Behindertenhilfe im ISP unter erschwerten Bedingungen und durch großen Einsatz der Projektmitarbeitenden dennoch erreicht werden.

Es konnten insgesamt annähernd die gleiche Anzahl an Personen von den Angeboten profitieren obgleich der Personenkreis der Menschen mit Behinderungen unter den Auswirkungen und Einschränkungen und erschwerten Zugangsbedingungen um ein Vielfaches mehr gelitten hat. Durch die Projekte wurde viel kompensatorische Arbeit geleistet und es

wurden viele entlastende Gespräche geführt. Angebote von Beratungen haben größtenteils telefonisch, per Videotelefonie, per Videokonferenz oder per E-Mail stattgefunden. Diese Umstellung stellte für Menschen mit Beeinträchtigung eine besonders hohe Herausforderung dar. Freizeitangebote fanden teilweise ebenfalls in Einzelangeboten statt, wobei die Umsetzung von Inklusion zu kurz gekommen ist. Es wurde stattdessen mit Briefen und Zeichenaufgaben, Rätseln und Kochrezepten zur Beschäftigung angeregt und beigetragen. Diese Beschäftigungsangebote wurden erstellt und in Briefkästen an die bekannten Kontakte verteilt. Insofern war die Anzahl der Angebote gleichbleibend, allerdings nicht die Anzahl der erreichten Nutzer*innen.

Erforderliche Kontakte mit Menschen mit und ohne Behinderungen blieben aber größtenteils aus, was eine große Belastung für den Personenkreis bedeutet hat.



- Wohnungslosenhilfe
- Straffälligenhilfe
- Schuldner- und Insolvenzberatung

Die Angebote der Wohnungslosenhilfe richten sich vorwiegend an Menschen, die auf der Straße leben, wohnungslos sind oder an Menschen, denen der Verlust des Wohnraums droht. Inhalt der geförderten Projekte sind niedrigschwellige Beratungs- und Versorgungsleistungen mit dem Ziel der Integration der Menschen in die Regelversorgung.

Die Vorbereitung von Klientinnen und Klienten auf die Haftentlassung und Wegbereitung ins soziale Hilfesystem sind die wesentlichen Inhalte der Beratungs- und Informationsangebote in der Straffälligenhilfe.

Komplettiert wird der Bereich durch die übergreifenden Angebote der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V.

ANGEBOTSBEREICH 04 WOHNUNGSLOSEN- UND STRAFFÄLLIGENHILFE

SEITEN

38 - 49

04 - 1

WOHNUNGSLOSEN- HILFE

 27 Projekte

 9,0 Mio. €

Die Angebote der Wohnungslosenhilfe richten sich vorwiegend an Menschen, die auf der Straße leben, wohnungslos sind oder an Menschen, denen der Verlust des Wohnraums droht. Inhalt der langfristig geförderten Projekte sind Beratungs- und Versorgungsleistungen mit dem Ziel der Integration der Menschen in die Regelversorgung – zum Beispiel Unterbringung, Leistungen nach dem SGB II und XII.

Der Personenkreis dieser Zielgruppe ist nicht in der Lage, aus eigener Kraft Angebote der Regelversorgung aufzusuchen und zu nutzen und/oder primäre Lebensbedürfnisse zu decken beziehungsweise den Zugang zum Hilfesystem zu finden. Vor diesem Hintergrund gibt es immer wieder Überschneidungen beziehungsweise erwünschte Mehrfachnutzungen der niedrigschwelligen Hilfen und Leistungsangebote nach den Sozialgesetzbüchern.

Im Berichtsjahr 2020 wurden 27 Projekte gefördert; davon richten sich 26 Projekte direkt an Besucherinnen und Besuchern. Im Projekt „Kältehilfe-Telefon/Webauftritt“ der GEBEWO pro gGmbH, werden keine personenbezogenen Leistungen, sondern übergeordnete gesamtstädtische Koordinationsaufgaben und Unterstützung zur Infrastruktur erbracht. Ein Datenabgleich der Merkmalsausprägungen von insgesamt 18.378 Besucherinnen und Besuchern ergibt für das Berichtsjahr 2020, das es sich bei 11.070 Besucherinnen und Besuchern (60,2%) um unterschiedliche Personen handelt. Bei weiteren 4.420 Besucherinnen und Besuchern (24,1%) ist aufgrund der gleichen Merkmalsausprägungen davon auszugehen, dass eine Person mehr als nur ein Angebot der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe aufsuchte. Eine Folge davon ist, dass Betroffenen mehrere Einrichtungen in unterschiedlichen Angebotstypen aufsuchen, was konzeptionell ausdrücklich erwünscht ist.

Der Zugang zum Hilfesystem kann und soll jederzeit – unabhängig vom aktuellen der Stand der Wohnungslosigkeit möglich sein bzw. durch Vermittlung ermöglicht werden. Dies kann in der Aggregation der Daten zu einer Doppelzählung führen. Das Geschlechtsmerkmal „Divers“ wurde für 55 (0,3%) von insgesamt 18.378 Besucher/innen erfasst.

01

02

03

04

05

06

 WOHNUNGSLO-
SEN UND STRAF-
FÄLLIGENHILFE

Gesamtnachfrage nach Angebotstyp und Geschlecht

	Männlich	Weiblich	Divers	Gesamt
Beratungsstellen	3.953	2.196	10	6.159
Psychologische Beratungsstellen	0	91	2	93
Bahnhofsdienste	1.430	436	11	1.877
Medizinische Versorgung	1.167	238	2	1.407
Notübernachtungen	4.137	1.134	13	5.284
Notübernachtung für Familien	117	200	0	317
Straßensozialarbeit	2.118	1.007	17	3.142
Gesamt	12.922	5.302	55	18.279

Inhaltliche Entwicklung

Im Doppelhaushalt 2019/2020 wurde die Angebotsbereiche Beratungsstellen (KLIK e.V. – Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot und sozialen Schwierigkeiten: 60.000 Euro) und aufsuchende Straßensozialarbeit (Gangway e.V.: 220.000 Euro und Sozialdienst katholischer Frauen e.V./ Berlin/skf: 125.000 Euro) verstärkt. Aufgrund des haushaltsimmanenten Zeitversatzes erfolgten die konzeptionellen Abstimmungen im Jahr 2019, die Umsetzung im Laufe des Jahres 2020.

In der Beratungsstelle KLIK e.V. konnte das Angebot zur migrantenspezifischen Beratung erweitert werden.

Die Ausweitung der aufsuchenden Straßensozialarbeit beim Träger Gangway e.V. betraf die Erweiterung des Angebots mit regionalen Teams in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Lichtenberg. In Kooperation mit dem jeweiligen Bezirksamt können so noch gezielter Menschen in belasteten Sozialräumen wie die Region um den Görlitzer Park, in der Hasenheide in Neukölln bzw. in der Region um den Bahnhof Lichtenberg angesprochen und erreicht werden.

Mit dem Förderbeginn des Beratungs- und Hygienebus des Vereins skf e.V. konnte ein wichtiger Baustein bei den frauenspezifischen Angeboten ergänzt werden.

Die Arbeit unter dem Einfluss der Coronapandemie

Der Arbeit der Projekte im Berichtszeitraum war maßgeblich geprägt durch die SARS-CoV-2-Pandemie bzw. COVID-19-Infektionen. Dies beinhaltete mehrere Phasen der Kontaktbeschränkungen und damit einhergehende weitere Hygiene- und Schutzmaßnahmen, die durch das Infektionsschutzgesetz (IfSG) bzw. die jeweils gültige SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung angeordnet oder vorgeschrieben wurden. Die gewohnten Arbeitsabläufe mussten angepasst und monatlich neu organisiert werden. Einzelne Projekte erbrachten Leistungen temporär digital. Die Notübernachtungen waren von massiven Kapazitätseinschränkungen betroffen.

Dies wird als wahrscheinlicher Grund für den Anstieg fehlender Werte und sinkender Besucher/innenzahlen in einigen Angebotstypen angesehen sowie die bedingte Vergleichbar-

keit der Daten des Jahres 2020 mit den Vorjahren. Besonders deutlich wird der Einfluss der Kontaktbeschränkungen bei den Versorgungsleistungen wie den Lebensmittel- und Getränkevergabe sowie im Hygienebereich (Körperhygiene, Wäschehygiene).

Die Gesamtzahl der Besuchenden stieg um 661 von 17.717 Besuchenden in 2019 auf 18.378 Besuchenden im Jahr 2020 an. Der Gesamtanstieg resultiert sowohl aus Besuchendenzahlen neuer Projekte als auch aus der Veränderung der Besuchendenzahlen bestehender Projekte.

Vor diesem Hintergrund ist der Anstieg der Besucher/innen in anderen Angebotstypen besonders hervorzuheben. Bemerkenswerte Zuwächse sind bei den Angebotstypen Beratungsstellen und Straßensozialarbeit zu beobachten.

Sinkende Besucher/innen wurden in den Angebotstypen Notübernachtungen und medizinische Versorgung festgestellt. Hier waren die hygienischen Anforderungen besonders hoch bzw. die Raumstrukturen derart, dass eine Begrenzung der Kapazitäten erforderlich war.

Insgesamt war die Arbeit der Einrichtungen und Dienste der Wohnungslosenhilfe durchweg geprägt vom pandemischen Geschehen und der jeweiligen Entwicklung. Damit verbunden war insbesondere für die Notübernachtung bzw. die „ambulante medizinische Versorgung“ ein „Runterfahren“ bzw. „Hochfahren“ im 3-Monatstakt. Die Arbeit war geprägt von der Organisation neuer Bedarfe – wie z.B. persönliche Schutzausrüstung/PSA. Der Zugang hierzu war bis Mitte 2020 noch sehr schwierig. Stellen des Landes Berlin konnten erst ab Mitte 2020 Unterstützung und PSA zur Verfügung stellen.

Veränderung der Besuchendenzahlen im Vergleich zum Vorjahr

Straßensozialarbeit	+560	+21,2%
Beratungsstellen f. Wohnungsnotfallhilfe	+ 560	+10,0%
Notübernachtung für Familien	+30	+10,4 %
Bahnhofsdienste	+22	+1,2%
Psychologische Beratung	-8	-7,9%
Medizinische Versorgung	-245	-14,8%
Notübernachtungen	-258	-4,6%

Besonderheiten im Berichtszeitraum

Aufgrund des Förderbeginns einiger im Jahr 2019 neu in die Finanzierung aufgenommener Projekte war die Konsolidierung im Jahr 2020 zu erwarten, da diese erstmalig das volle Jahr hindurch tätig waren.

Aufgrund der Pandemie ab Anfang 2020 konnten die Verstärkungsmittel jedoch nicht den zu erwarteten Effekten führen. Die kurzfristig eingeführten Maßnahmen gegen die pandemische Lage ließen de facto keine Ausweitung der Arbeit zu; die Besucherzahlen erfuhr nur eine geringfügige Steigerung im Vergleich zum Vorjahr.

Vor diesem Hintergrund ist es beachtlich, dass – trotz der Pandemie – die Anzahl der Besuchenden vom Berichtsjahr 2019 zu 2020 von 5600 auf 6100 (3,7 %) gestiegen ist. Dies betrifft – wie o.a. die Beratungsstellen und die Straßensozialarbeit.

Dies verdeutlicht zwei Phänomene: Zum einen, in welchem Maße Beratung zur Existenzsicherung auch in Zeiten der Pandemie von besonderer Bedeutung war, ein erhöhter Bedarf bestand und nachgefragt wurde.

Zum anderen verdeutlicht die erhöhte Inanspruchnahme der Dienste der Wohnungslosenhilfe, dass auch in Zeiten der Pandemie die Angebote der Wohnungslosenhilfe eine Art letzte „Auffanginstanz“ und „Letzt-Gewährleister“ sozialer Beratung darstellten; zu einem Zeitpunkt als andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur geschlossen war.

Die Zielsetzung der Beratung und Versorgung wohnungsloser Menschen /von Wohnungsnotfällen wurde – wenn auch pandemiebedingt im vermindertem Umfang – erreicht.

Auf die Schaffung weiterer gesonderter Unterbringungskapazitäten sowie weiterer Dienste ab April 2020 wird im Rahmen dieses Berichts hingewiesen, aber nicht näher darauf eingegangen.

04-2

STRAFFÄLLIGENHILFE

 3 Projekte

 0,8 Mio. €

Ziel der Straffälligenhilfe Beratungsstellen ist, Straffällige und Inhaftierte im Rahmen der Entlassungsvorbereitung aus der Haft beziehungsweise nach Haftentlassung beziehungsweise im Vorfeld eines Haftantritts oder einer sonstigen Sanktion zur Selbsthilfe zu befähigen, die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen und die Führung eines straffreien, menschenwürdigen Lebens zu sichern.

Insbesondere (Re-)Integration in das (soziale) Regelsystem sowie eine Milderung der sozialen Schwierigkeiten in dem Maße, dass eine Einsetzung der Hilfe in geeignete Betreuungsformen direkt nach der Haftentlassung möglich ist und/oder eine Verschlimmerung der Schwierigkeiten verhindert wird.

Im Berichtsjahr 2020 wurden drei Projekte gefördert. Eine Ausweitung der Angebote wurde auf dem Niveau von 2019 fortgeführt.

In 2020 wurden 2.116 Besucher/innen hinsichtlich soziodemographischer und leistungsbezogener Kriterien erfasst.

Gesamtnachfrage nach Angebotstyp und Geschlecht

2.802

85,9% männlich
14,1% weiblich

2019

2.116

87,4% männlich
12,6% weiblich

2020

Im Berichtsjahr 2020 befanden sich drei freie Träger mit Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangeboten für straffällige und/oder inhaftierte Menschen und deren Angehörige in der Förderung. Diese Schwerpunktsetzung zeigt sich insbesondere in der unterschiedlich hohen Anzahl der Beratungen: Insgesamt wurden die Beratungen wie folgt erbracht.

Anzahl an Beratungsleistungen

Beratungsstellen	6.298	82,2%
Im Vollzug	1.282	16,7%
Angehörige	81	1,1%
Gesamt	7.661	100,0%

Die Verteilung verdeutlicht den Schwerpunkt der Beratung in den Beratungsstellen. Die Besuchenden werden über die Beratung zur Existenzsicherung und der intensiven persönlichen Beratung zur Fragen der Straffälligkeit an weitere Fachdienste vermittelt. Dies betrifft weitere vorwiegenden Leistungen der Daseinsvorsorge, der sozialen und medizinischen Versorgung, sowie möglicher Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Arbeit unter dem Einfluss der Coronapandemie

Besonderheiten im Berichtszeitraum

Die Arbeit der Projekte im Berichtszeitraum war maßgeblich durch die SARS-CoV-2-Pandemie bzw. COVID-19-Infektionen sowie mehreren Phasen der Kontaktbeschränkungen und damit einhergehenden Hygiene- und Schutzmaßnahmen durch das Infektionsschutzgesetz - IfSG bzw. die jeweils gültige landesspezifische SARS-CoV-2-Infektionsschutzmaßnahmenverordnung geprägt. Damit verbunden waren notwendige Hygiene- und Schutzmaßnahmen. Die gewohnten Arbeitsabläufe mussten angepasst und neu organisiert werden. Die Leistungen wurden größtenteils in Präsenz erbracht.

Gleichzeitig war die Arbeit geprägt von der Organisation neuer Bedarfe - wie z.B. persönliche Schutzausrüstung/PSA. Hier war der Zugang bis Mitte 2020 noch ein sehr schwierig. Die Marktpreise waren äußerst instabil. Auch staatliche Stellen des Landes Berlin konnten anfangs nur sehr begrenzt Unterstützung leisten. Eine gewisse Konsolidierung trat erst ab Sommer 2020 ein.

Einschränkung der Arbeit der Regeldienste

Auch die Arbeit der Regeldienste war aufgrund der Pandemie stark eingeschränkt. Seitens der Justizvollzüge war das Entlassmanagement stark eingeschränkt. Entlassungen waren nicht bzw. nicht gut vorbereitet. Hintergrund waren Kontaktreduzierungen zur Minimierung der Ansteckungsrisiken in den Justizvollzügen. Entlassungen waren nicht oder nicht gut vorbereitet und die Sozialen Wohnhilfe bzw. die Beratungsstellen hatten keinerlei Kenntnis vom Zeitpunkt der Entlassung.

Dies betraf folgende Fälle:

- Strafgefangene, die aus dem offenen Vollzug wurde kurzfristig – ohne Vorbereitung – beurlaubt wurden.
- Der Haftantritt bzw. die Inhaftierung von Ersatzfreiheitsstrafern wurde kurzfristig ausgesetzt.
- Es wurden (in geringer Zahl) Begnadigungen angeordnet.
- Entlassung von Verurteilten mit geringfügigen Strafmaßen bzw. Reststrafen

Darüber hinaus waren die bezirklichen Fachdienste in deutlich vermindertem Umfang erreichbar. Beratung wurde teilweise „durch den Türspalt“ erbracht. Betroffen waren sowohl die Soziale Wohnhilfe bzw. die Leistungsstellen als auch die sozial-psychiatrischen Dienste. Dies bedeutete für Menschen mit Behinderung einen erschwerten Zugang zu Leistungen der gemeindepsychiatrischen Versorgung.

Der Rückgang der Besuchenden von 2.802 im Jahr 2019 auf 2.116 Besuchenden im Jahr 2020 verdeutlicht das Ausmaß, in dem sich die Pandemie auf die Projektarbeit ausgewirkt hat. Der Rückgang beträgt bezogen auf die Gesamtheit der Beratenden rd. 24 % (Männer: - 23 %; Frauen: - 33 %)

Auch eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt konnte im Jahr 2020 pandemiebedingt nicht bzw. nur äußerst eingeschränkt umgesetzt werden.

Bewertung der Zielerreichung unter den Bedingungen der Pandemie

Die vorgestellten Leistungen der drei Einrichtungen der Straffälligenhilfe werden seit Jahren kontinuierlich erbracht. Die Beratungsstellen stellen eine stabile und für die Besuchenden verlässliche Säule bei der Wegbereitung ins soziale Hilfesystem dar.

Die drei Projekte der Straffälligenhilfe für den Bereich Soziales haben in der Pandemie unter deutlich erschwerten Bedingungen gearbeitet. Diese bestand insbesondere in der stark eingeschränkten Erreichbarkeit der (bezirklichen) Dienste zur weiteren Versorgung /Leistungsgewährung.

Die Vermittlungsarbeit verzögerte sich teilweise aufgrund eines temporären Aufnahmestopps weiterführender Hilfeeinrichtungen.

Die Zielsetzung der Beratung und Versorgung straffälliger Menschen wurde – wenn auch pandemiebedingt im vermindertem Umfang – erreicht.

04 - 3

SCHULDNER- UND INSOLVENZBERATUNG

Das Jahr 2020 – Coronapandemie

Die Coronapandemie und deren Auswirkungen hatten wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeit der LAGSIB. Zum einen war es erforderlich, Arbeitsprozesse und Kontakte weitestgehend auf digitale Wege zu verlagern. Zum anderen ergaben sich durch Maßnahmen und gesetzliche Regelungen, die auf Bundes- und Landesebene getroffen wurden um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern, ein höherer juristischer Informations- und Beratungsbedarf für die Mitglieder der LAGSIB, der immer kurzfristig zu klären und anzupassen war. Darüber hinaus war die fachliche Unterstützung der LAGSIB für die Beratungspraxis in den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen maßgeblich von den Gesetzesreformen beim Pfändungsrecht (P-Konto) und der Insolvenzordnung (Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens) geprägt. Insgesamt wurden 385 Anfragen von Beratungsstellen und Medien bearbeitet.

Für die Multiplikatorenschulungen für in der Hilfe für Geflüchtete Tätige zum Thema Schulden-situation von Geflüchteten bestand weiterhin großes Interesse.

 1 Projekt

 0,2 Mio. €

Die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung e. V. (LAGSIB) ist kompetenter Ansprechpartner in Bezug auf die Praxisauswirkungen der Umsetzung der Insolvenzordnung und damit verbundener Rechtsgebiete.

Sie versteht sich als Interessenvertreter für die von Ver- und Überschuldung betroffenen Bürger des Landes Berlin. Die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft hat einen hohen Stellenwert im Zusammenhang mit fachlicher Professionalität rund um das Thema Schuldner- und Insolvenzberatung – auch bundesweit.

Aufgrund der mit der Pandemiesituation verbundenen Einschränkungen (Eindämmungsverordnung) konnte jedoch nur ein Teil (8 Schulungen) davon tatsächlich durchgeführt werden, weil die technischen Voraussetzungen für eine virtuelle Schulung bei den interessierten Einrichtungen meist nicht vorhanden waren.

Zusätzliche Ausrichtung dank zusätzlicher Mittel

Mit Hilfe im Doppelhaushalt 2020/2021 zusätzlich bereitgestellter Mittel, die mit einem Auflagenbeschluss des Abgeordnetenhauses verbunden waren, konnte die LAGSIB ein neues Teilprojekt zur Stärkung der Präventionsarbeit im Bereich Schuldner- und Insolvenzberatung ins Leben rufen. Das Konzept sieht vor, dass die LAGSIB als zentraler Ansprechpartner und Organisator agieren soll und ein digitales Angebot bereitgestellt wird, mit dem alle Interessierten Zugriff auf die Präventionsmaterialien erhalten. Das Projekt soll ermöglichen, dass die Interessierten zu geplanten Unterrichtsinhalten bzw. -veranstaltungen adäquate individuelle Beratung erhalten. Zielgruppen sollen die entscheidenden Akteure in der Bildung – die Lehrer und Lehrerinnen und die Berufsschullehrerinnen und -lehrer – sowie Bildungs- und Maßnahmenträger sein. Perspektivisch soll außerdem beson-

deres Augenmerk auf die Gruppe der Seniorinnen und Senioren gelegt werden. Das Angebot soll flächendeckend und trägerübergreifend in ganz Berlin genutzt werden können. Dafür wurden 2 zusätzliche Personalstellen geschaffen, die jedoch aufgrund haushaltstechnischer Verwaltungsvorgänge und der nötigen Stellenbesetzungsformalien erst ab dem 4. Quartal 2020 besetzt werden konnten.

Wichtiger Schwerpunkt war darüber hinaus die Aufrechterhaltung der Organisation und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für die Fachkräfte der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen trotz der pandemischen Lage. Insgesamt acht Fortbildungsveranstaltungen konnten stattfinden, wovon nur noch die ersten drei als Präsenzveranstaltung möglich waren.

Aufrechterhaltung des Angebotes trotz Pandemie

Wie in allen Lebens- und Arbeitsbereichen hat die Coronapandemie auch bei der Tätigkeit und den Aktivitäten der LAGSIB zu Einschränkungen oder Verzögerungen geführt. Trotz allem hat es die LAGSIB geschafft, ihr Angebot weitgehend aufrecht zu erhalten und die neuen Aufgaben zum Schwerpunkt Präventionsarbeit anzugehen. Eine hohe Innovationsbereitschaft, Initiative und Flexibilität der Mitarbeitenden trug dazu maßgeblich bei.



Die geförderten Angebote der Migrationssozialarbeit richten sich vorrangig an bereits länger in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund einschließlich der Flüchtlinge und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, um diese in schwierigen Lebenssituationen zu begleiten und Unterstützungsangebote zu organisieren.

Dabei steht die Stärkung von individuellen Ressourcen und Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund im Umgang mit Integrationsanforderungen im Vordergrund. Weitere Angebote werden zur Entwicklung interkultureller Kompetenz in Einrichtungen der sozialen und gesundheitlichen Versorgung vorgehalten.

ANGEBOTSBEREICH 05

MIGRATIONSSOZIALDIENSTE

SEITEN

50 - 53

Migrationssozialarbeit hat die Aufgabe, Migrantinnen und Migranten in Krisen und schwierigen Lebenssituationen zu begleiten sowie Unterstützungsangebote zu organisieren. Gemäß der zugrundeliegenden Rahmenkonzeption handelt es sich bei den Migrationssozialdiensten um spezialisierte fachliche Dienste. In den Projekten wird eng mit den bundesgeförderten Migrationsberatungsstellen und Jugendmigrationsdiensten sowie den entsprechenden Regeldiensten zusammengearbeitet. Die insgesamt **13** Standorte liegen in Kreuzberg, Mitte (Gesundbrunnen), Schöneberg, Lichtenberg, Neukölln, Pankow, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof (Marienfelde) und Reinickendorf.

Mit dem Eintritt der Coronapandemie war die Arbeit in den Migrationssozialdiensten wesentlich durch geltende Gesundheitsmaßnahmen und den aus der Pandemie entstehenden sozioökonomischen Effekten beeinflusst.

Relevante Pandemiemaßnahmen

Durch Kontaktbeschränkungen und den einzelnen „Lockdowns“ erfolgte in der Migrationssozialarbeit eine Umstellung von Präsenzberatung hin zu alternativen Methoden der Beratungs- und Informationsmittlung.

So wurden den Mitarbeitenden in den Diensten mithilfe technischer Ausstattung einerseits ein Arbeiten aus dem Home Office, andererseits kontaktlose Beratungen ermöglicht. Ziel der Maßnahmen waren vor allen Dingen der Schutz der Klientinnen und Klienten, wie auch der Beschäftigten. Die Umstellung auf telefonische und/oder Online-Beratung durch Mailkontakt ist für manche Klientinnen und Klienten ein Prozess, der professionell begleitet werden musste, da dafür erforderliche Kenntnisse fehlten und diese erst erlernt werden mussten.

Die Umstellung erforderte ebenfalls auch bei fehlenden Finanzmitteln ein hohes Maß an Organisation und Krisenmanagement in den Projekten selbst. Die umfangliche Nachfrage an notwendiger Ausstattung zur Umstellung erschwerte diesen Prozess. In enger Absprache mit der Bewilligungsstelle konnte jedoch diese Umstellung erfolgreich vollzogen werden.

Anzahl und Art an Beratungen, 2020

Persönlich	5.529
telefonisch	3.697
Via E-Mail	993

Insbesondere für Notlagen, zum Beispiel bei Gefahr der Existenzsicherung wurden an allen Standorten dennoch Notfallsprechstunden nach Vereinbarung für Ratsuchende eingerichtet. Dieses Angebot entstand aus der Notwendigkeit heraus, dass insbesondere leistungserbringende Behörden bzw. Institutionen ihre Räumlichkeiten für den Publikumsverkehr stark eingeschränkt oder gesperrt haben. Für einige Leistungsbeziehende bedeutete das zu einem einen Mehraufwand zum anderen auch teilweise ein Ausbleiben der Leistungszahlungen, ein Umstand, der eine schnellstmögliche Kontaktaufnahme zur leistungserbringenden Behörde bzw. Institution voraussetzt.

Sozioökonomische Effekte

Die Auswirkungen der Pandemie auf die Gesellschaft war in den Migrationssozialdiensten deutlich erkennbar - Menschen haben ihre Arbeitsplätze verloren, selbstständige Gewerbetreibende haben einen Erwerbsausfall erlitten, weswegen mehr Menschen, hier mit Migrationsgeschichte, erstmals auf (Sozial-)Leistungen angewiesen sind. Die Beratungen zum SGB II/ XII nahmen nach wie vor einen Großteil der Beratungszeit in Anspruch. Grundsätzlich benötigten weiterhin viele der Klientinnen

und Klienten Unterstützung bei der Antragsausfüllung, beim Übersetzen der Bescheide bzw. der Überprüfung auf deren Richtigkeit.

Die fünf meistgenannten Beratungsinhalte, 2020

Arbeitslosengeld II	12,1%
Wohnungsangelegenheiten	8,5%
Aufenthaltsfragen	6,2%
Schule, Ausbildung, Umschulung, Arbeitsmarkt	6,1%
Gesundheitsberatung	5,5%

Gleichzeitig mussten Einbürgerungsanträge und Anträge auf Niederlassungserlaubnis wegen niedrigerem oder entfallenen Einkommen zurückgestellt werden - für die Betroffenen eine frustrierende Situation.

Auch in der prekären Wohnungsmarktsituation in Berlin sind gestiegene Problemlagen beobachtet worden. Pandemiebedingt stieg die Anzahl derjenigen, die wegen Mietausfällen von Wohnungslosigkeit bedroht waren. Infolge der Wohnungsnot sind Menschen zunehmend auf die niedrigschwellige Obdachlosenhilfe und Tageseinrichtungen angewiesen.

Meistgenannte Herkunftsländer der Ratsuchenden, 2020

Polen	39,0%
Türkei	19,7%
Syrien	8,9%
Russland	4,0%
Bulgarien	2,9%
Afghanistan	2,0%
Irak	1,4%

Zukünftiger Bedarf

Durch den weiteren Zuzug von EU-Bürgerinnen und Bürgern nach Berlin steigt der Bedarf an ergänzenden und niedrigschwelligen Angeboten im bezirklichen Umfeld weiterhin. Zwar wurde im Haushaltjahr 2018/2019 ein deutlicher Mittelaufwuchs um ca. 1,1 Millionen Euro beschlossen, jedoch ist durch die weiterhin stetige Anzahl von Geflüchteten (und den daraus resultierenden neu hinzukommenden Zielgruppen) abzusehen, dass sich der spezifische Beratungsbedarf weiter steigern wird. Eine finanzielle und personelle Aufstockung erscheint daher auch künftig dringend notwendig.



Im Bereich der Spitzenverbandsförderung, erbringen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vorrangig Leistungen gegenüber angeschlossenen Organisationen und Projekten vor Ort, sogenannte zentrale Aufgaben.

Dabei handelt es sich insbesondere um Steuerungs-, Informations-, Koordinations- und Beratungsdienstleistungen, Erfahrungsaustausch sowie Vertretungsleistungen. Gleichzeitig nehmen die Spitzenverbände die Funktion des Ansprechpartners für Verwaltung und Politik auf der Landesebene wahr.

ANGEBOTSBEREICH 00 SPITZENVERBANDSFÖRDERUNG

SEITEN

54 - 56

ANGEBOTSBEREICH 00

SPITZENVERBANDSFÖRDERUNG

Die Corona-Pandemie und die damit im Verlauf des Jahres 2020 unterschiedlichen Schließungssituationen haben die formulierten Jahresvorhaben im Bereich der sog. Zentralen Aufgaben der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Berlin stark beeinflusst. Insgesamt gelang es den Wohlfahrtsverbänden innerhalb kürzester Zeit für alle Mitarbeitenden Bedingungen zu schaffen, die ein mobiles und digitales Arbeiten möglich machten.

Auch unter den deutlich erschwerten Bedingungen konnte sichergestellt werden, die anstehenden Aufgaben zu erfüllen. Dennoch mussten, unter den jeweils aktuellen Anforderungen und Bedingungen an die Pandemie, Jahresvorhaben in veränderter Form verfolgt und ggf. andere vordringlichere Aufgaben erledigt werden.

Die digitale Informationsweitergabe sowie telefonische Beratung ersetzten zumeist die bisherigen Veranstaltungsformate. Es wurde ein übergreifendes, regelmäßiges Monitoring der Corona bedingten Auswirkungen auf die Beratungsdienste implementiert.

Diese Zielstellungen unter den Bedingungen der Corona-Pandemie umzusetzen, erfor-

derte besondere Flexibilität und Innovationsfreude, intensives Engagement und außerordentlichen Zeiteinsatz.

Entwicklung der Schwerpunktthemen

Schwerpunktthema aus Anlage 1 zum Rahmenfördervertrag (RFV) – Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in den zuwendungsgeförderten Projekten des Rahmenfördervertrags.

Mit den Verhandlungen zum 3. Rahmenfördervertrag haben sich Verwaltung und Liga-Wohlfahrtsverbände auf ein neues Schwerpunktthema für die drei Förderprogramme ISP, IFP STZ und IGPP verständigt. Zur Mitte des Jahres 2020 wurde zwischen Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden das Vorhaben zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in den zuwendungsgeförderten Projekten im Rahmenfördervertrag folgende Meilensteine festgehalten:

- Entwicklung eines Fragebogens & Konzeptionierung eines Workshops

- Sensibilisierungsworkshop für die Angebotsbereichsverantwortlichen der SenIAS und SenGPG / SenIAS
- Online-Befragung aller Projektleitungen im RFV
- Auswertung der Online-Befragung
- (optional) Befragung der Freiwilligen in ausgewählten Angebotsbereichen

Mit der Umsetzung der Punkte 1 bis 3 wurde konzeptionell von der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung in Kooperation mit der Landesfreiwilligenagentur Berlin und der Arbeitsgruppe-Spitzenverbandsförderung nach der Abstimmung noch im Jahr 2020 begonnen.

Ausrichtung der Kommunikation unter den Auswirkungen der Pandemie

Die Koordination und Abstimmung zwischen den Liga-Wohlfahrtsverbänden mit den zuständigen Senatsverwaltungen (u. a. Sen GPG, Sen IAS und Sen Fin) war auf den Schutz der Menschen und die Sicherstellung der Leistungserbringung unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie ausgerichtet. Das

Krisenmanagement war davon bestimmt, bestehende Verfahrensabläufe und Steuerungsprozesse an die Auswirkungen des pandemischen Geschehens anzupassen um eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten. Das erforderte einen intensiven Austausch- und Abstimmungsprozess in den entsprechenden Gremien der verschiedenen Leistungsbereiche. Dieser fand fortlaufend nicht nur zwischen den Senatsverwaltungen und den Ligaverbänden, sondern auch zwischen den Ligaverbänden untereinander sowie zwischen Ligaverbänden und seinen Mitgliedsorganisationen statt. Dabei war eine zeitnahe Information und Abstimmung notwendig. Das erforderte auch eine schnelle Sicherstellung der Kommunikationsstruktur durch Anpassung der digitalen Infrastruktur.

Die Covid-19-Pandemie hat bei den Ligaverbänden einen Innovationsschub im Rahmen des digitalisierten Arbeitens sowohl strukturell als auch fachlich ausgelöst.

JAHRESBERICHT 2020

Integriertes Sozialprogramm

Impressum

Herausgeber

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Oranienstr. 106

12045 Berlin

Kontakt

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (030) 90 28-0

pressestelle@senias.berlin.de

@SenIAS

Stand 09/2022

Gestaltung und Redaktion

Adrien L. Herr

Titelbild

© 12138562 - pixabay.com

Lf d. Nr.	Träger	Projektbezeichnung	PNr.	Stand der Bewilligung zum 31.12.2020 (Stand 22.02.2021)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
Angebotsbereich 0 - Spitzenverbandsförderung					
1	AWO Landesverband Berlin e. V.	Personalausstattung zur Wahrnehmung Zentraler Aufgaben im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit	SPV/2020/AWO-ZA	621.878,51	
2	Caritasverband f. d. Erzbistum Berlin e. V.	Wahrnehmung zentraler Aufgaben im Rahmen der Spitzenverbandsförderung	SPV/2020/CV-ZA	642.141,77	
3	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V.	Wahrnehmung Zentraler Aufgaben im Rahmen der Spitzenverbandsförderung	SPV/2020/DPW-ZA	1.021.589,16	
4	DRK - Landesverband Berliner Rotes Kreuz e. V.	DRK Zentrale Aufgaben	SPV/2020/DRK-ZA	525.388,70	
5	Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.	Wahrnehmung Zentraler Aufgaben im Rahmen der Spitzenverbandsförderung	SPV/2020/DWBO-ZA	875.647,86	
6	Jüdische Gemeinde zu Berlin	Personalausstattung zur Wahrnehmung der Spitzenverbandsarbeit	SPV/2020/JG-ZA	112.841,22	
7	Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.	Statistische Auswertung der Projekte der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe der QSB und des BBI für das HJ 2018	SPV/2020/DWBO-AUS	60.283,80	
0 - Spitzenverbandsförderung			Summe	3.859.771,02	
Angebotsbereich 1 - Altenhilfe					
1.1.1 - Mobilitätshilfedienste					
8	Humanistischer Verband Deutschland - Landesverband Berlin-Brandenburg KdöR	Mobilitätshilfedienst für ältere und behinderte Menschen in Berlin Mitte	ISP/2020/P 018	677.962,00	
9	Förderverein Heerstraße Nord e. V.	Mobilitätshilfedienst für ältere und behinderte Menschen in Spandau	ISP/2020/P 022	662.993,70	
10	Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	Mobilitätshilfedienst für ältere und behinderte Menschen in Charlottenburg / Wilmersdorf	ISP/2020/P 023	739.316,04	
11	Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	Mobilitätshilfedienst Reinickendorf	ISP/2020/P 028	386.320,00	
12	Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	Mobilitätshilfedienst für ältere und behinderte Menschen in Neukölln	ISP/2020/P 029	712.983,69	
13	Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V.	Mobilitätshilfedienst Treptow-Köpenick	ISP/2020/P 030	665.877,56	
14	Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	Mobilitätshilfedienst für ältere und behinderte Menschen in Reinickendorf	ISP/2020/P 031	421.104,41	
15	Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	Mobilitätshilfedienst für ältere und behinderte Menschen in Pankow	ISP/2020/P 033	716.312,82	
16	Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	Mobilitätshilfedienst Lichtenberg	ISP/2020/P 034	651.759,16	
17	BBI GmbH	Koordinationsstelle der Berliner Mobilitätshilfedienste	ISP/2020/P 041	29.664,00	
18	DRK - Berlin Südwest Soziale Arbeit, Beratung und Bildung gGmbH	Mobilitätshilfedienst in Friedrichshain-Kreuzberg	ISP/2020/P 110	640.401,01	
19	DRK - Landesverband Berliner Rotes Kreuz e. V.	Rehatechnische Unterweisung für Mobilitätshelfer/innen	ISP/2020/P 111	10.593,23	

Lf d. Nr.	Träger	Projektbezeichnung	PNr.	Stand der Bewilligung zum 31.12.2020 (Stand 22.02.2021)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
20	Johanniter-Unfall Hilfe e. V. Regionalverband Berlin	Mobilitätshilfedienst für ältere und behinderte Menschen in Tempelhof-Schöneberg	ISP/2020/P 210	678.668,66	
21	Diakonie-Pflege Verbund Berlin gGmbH	Mobilitätshilfedienst für ältere, behinderte und chronisch kranke Menschen	ISP/2020/P 214	661.588,05	
22	Diakonie-Pflege Verbund Berlin gGmbH	Mobilitätshilfedienst für ältere, behinderte und chronisch kranke Menschen	ISP/2020/P 217	632.338,53	
	1.1.1 - Mobilitätshilfedienste		Summe	8.287.882,86	
	1.1.2 - Pflegeprojekte				
23	Humanistischer Verband Deutschland - Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.	Fachstelle MenschenKind	ISP/2020/P 038	164.700,00	
24	Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	Pflege in Not	ISP/2020/P 204	188.500,00	
25	Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	Fachstelle für pflegende Angehörige	ISP/2020/P 277	225.775,83	
	1.1.2 - Pflegeprojekte		Summe	578.975,83	
	1.1.3 - Pflegestützpunkte				
26	Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH	Pflegestützpunkt Charlottenburg-Wilmersdorf	ISP/2020/P 039	302.581,17	
27	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	Pflegestützpunkt Pankow	ISP/2020/P 040	303.548,65	
28	Diakonisches Werk Steglitz und Teltow-Zehlendorf e. V.	Pflegestützpunkt Steglitz-Zehlendorf	ISP/2020/P 234	300.415,05	
29	Evangelisches Johannesstift Altenhilfe gGmbH	Pflegestützpunkt Spandau	ISP/2020/P 235	225.354,82	
30	Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	Pflegestützpunkt Friedrichshain-Kreuzberg	ISP/2020/P 236	290.377,00	
31	Evangelisches Geriatriezentrum Berlin gGmbH	Pflegestützpunkt Mitte	ISP/2020/P 238	252.882,67	
32	Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V.	Pflegestützpunkt Lichtenberg	ISP/2020/P 250	262.180,22	
33	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	Pflegestützpunkt Marzahn-Hellersdorf	ISP/2020/P 251	386.387,28	
34	Humanistischer Verband Deutschland - Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.	Pflegestützpunkt Neukölln/Seniorentelefon	ISP/2020/P 256/543	255.703,48	
35	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	Pflegestützpunkt Reinickendorf	ISP/2020/P 257	265.574,06	
36	Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	Pflegestützpunkte in Schöneberg und Tempelhof	ISP/2020/P 259	295.562,00	
37	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	Pflegestützpunkt Treptow-Köpenick	ISP/2020/P 275	289.699,77	
	1.1.3 Pflegestützpunkte		Summe	3.430.266,17	
	1.1.4 - Beratungsstelle				
38	Jüdische Gemeinde zu Berlin	Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde für Ältere und Menschen mit Behinderung	ISP/2020/P 709	42.432,41	
	1.1.4 - Beratungsstelle		Summe	42.432,41	

Lf d. Nr.	Träger	Projektbezeichnung	PNr.	Stand der Bewilligung zum 31.12.2020 (Stand 22.02.2021)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
	1.1.5 - Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe				
39	Caritasverband f. d. Erzbistum Berlin e. V.	Kompetenz-Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe	ISP/2020/P 263	279.657,57	Ab 2018 ist Komzen ein Projekt des Trägerverbundes CV/ AWO
	1.1.5 - Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe		Summe	279.657,57	
	1.2.1 - Hospiz				
40	Unionhilfswerk Senioren-Einrichtungen gGmbH	Zentrale Anlaufstelle Hospiz	ISP/2020/P 271	200.000,00	
41	Unionhilfswerk Senioren-Einrichtungen gGmbH	Netzwerk Palliative Geriatrie Berlin	ISP/2020/P 273	86.500,00	
42	Hospiz- und Palliativverband Berlin e. V.	Öffentlichkeitswirksame Verbreitung des Hospiz- und Palliativgedankens in die Berliner Bevölkerung	ISP/2020/P 555	60.000,00	
	1.2.1 - Hospiz		Summe	346.500,00	
	Summe Angebotsbereich 1 - Altenhilfe		Summe	12.965.714,84	
	Angebotsbereich 2 Ehrenamt/ Selbsthilfe				
	2.1 - Selbsthilfeprojekte				
	2.1.1 - Selbsthilfeprojekt für Seniorinnen und Senioren				
43	Berliner Frauenbund 1945 e. V.	Großelterndienst	ISP/2020/P 520	81.977,54	
	2.1.5 - Selbsthilfeprojekt für Sonstige				
44	Berliner Arbeitslosenzentrum BALZ e. V.	Treffpunkt für Arbeitslose und Aufstocker	ISP/2020/P 227	34.596,91	
45	Berliner Frauenbund 1945 e. V.	Lehrgang: Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung - Qualifizierung für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben	ISP/2020/P 533	47.182,65	
	2.1 - Selbsthilfeprojekte		Summe	163.757,10	
	2.2 - Ehrenamtliche Besuchsdienste				
46	Deutsche Rheuma-Liga LV Berlin e. V.	Besuchsdienst (Begleit- und Lotsendienst) für schwerst rheumakranke Menschen	ISP/2020/P 073	25.655,00	
47	Weg der Mitte gemeinnütziger e. V. für ganzheitliche Gesundheit	Ehrenamtlicher Besuchsdienst "Engel in Aktion"	ISP/2020/P 074	10.360,08	
48	Humanistischer Verband Deutschland - Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.	Besuchs- und Kontaktnetz	ISP/2020/P 077	18.000,00	
49	Miteinander Wohnen e. V.	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	ISP/2020/P 079	7.699,20	
50	Freunde alter Menschen e. V.	Koordinierung ehrenamtlicher Mitarbeiter; Besuchsdienst	ISP/2020/P 081	30.000,00	
51	Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	Koordinierung der Durchführung von ehrenamtlichen Mobilitäts-, Bringe und Besuchsdiensten	ISP/2020/P 082	19.882,02	
52	Lebenshilfe gGmbH Berlin	Koordinierung ehrenamtlicher Mitarbeiter, Besuchsdienst, Freiwilligenprojekt	ISP/2020/P 084	54.334,00	
53	Unionhilfswerk LV Berlin e. V.	Koordinierung Ehrenamtlicher Besuchsdienst	ISP/2020/P 085	32.749,60	
54	Rad und Tat e. V.	Förderung des ehrenamtlichen Engagements und Fortbildung von Ehrenamtlichen im Besuchsdienst ZEIT FÜR DICH	ISP/2020/P 087	22.600,00	
55	DRK - Kreisverband Berlin-Zentrum e.V.	Kinderkrankenhaus-Besuchsdienst	ISP/2020/P 119	4.901,00	
56	Steglitzer ambulante soziale Dienste e. V.	Ehrenamtlicher Besuchs- und Krankenhausbesuchsdienst	ISP/2020/P 173	19.500,00	
57	AWO Arbeiterwohlfahrt Berlin, Kreisverband Mitte e. V.	Ehrenamtlicher Besuchsdienst, Nachbarn helfen Nachbarn	ISP/2020/P 174	18.291,84	
58	LAZARUS-Diakonie Berlin	ehrenamtliche Besuchsdienste	ISP/2020/P 231	4.376,24	
59	Caritas Konferenzen Deutschlands DV Berlin e. V.	Ehrenamtliche Besuchs- und Begleittienste	ISP/2020/P 522	28.002,31	

Lf d. Nr.	Träger	Projektbezeichnung	PNr.	Stand der Bewilligung zum 31.12.2020 (Stand 22.02.2021)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
60	Leben mit Tieren e. V.	Koordination eines ehrenamtlichen Besuchsdienstes mit Hunden in Pflegeheimen und Krankenhäusern	ISP/2020/P 523	3.784,98	
61	Evangelischer Kirchenkreisverband Berlin	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	ISP/2020/P 531		
62	Sozialverband Deutschland e. V. Landesverband Berlin	Ehrenamtlicher Mobilitäts-, Bringe- und Besuchsdienst für alleinlebende Behinderte-, Kranke- und alte Menschen;	ISP/2020/P 532	29.457,52	
63	Jüdische Gemeinde zu Berlin	Koordination des ehrenamtlichen Besuchsdienstes	ISP/2020/P 708	20.343,76	
64	Ev. Johannesstift	Ehrenamtliche Besuchsdienste LeNa	ISP/2020/P 527	12.000,00	
	2.2 - Ehrenamtliche Besuchsdienste		Summe	361.937,55	
2.3 - Ehrenamtliche Mediation					
65	Seniorpartner in School e. V. LV Berlin	Seniorpartner in School	ISP/2020/P 540	38.388,00	
	2.3 - Ehrenamtliche Mediation		Summe	38.388,00	
Summe Angebotsbereich 2 - Ehrenamt/ Selbsthilfe			Summe	564.082,65	
Angebotsbereich 3 - Angebote für Menschen mit Behinderung					
3.1 - Übergreifende Beratungsprojekte					
66	Albatros gemeinnützige Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen mbH	Mobidat - Beratung und Auskunft für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (datenbankgestützt)	ISP/2020/P 260	55.520,12	
67	Lebenshilfe gGmbH Berlin	LOTSE Berlin (Region Mitte/Nord)	ISP/2020/P 266		
68	aktion weitblick betreutes wohnen gGmbH	Lotse Berlin Beratung - Orientierung - Vermittlung Unterstütztes Wohnen für volljährige Menschen mit Behinderung	ISP/2020/P 267	63.578,76	
69	Lebenshilfe gGmbH Berlin	LOTSE Berlin (Region Südost/Ost)	ISP/2020/P 268	166.159,65	Zusammenlegung mit dem Projekt - LOTSE Berlin (Region Mitte/Nord - vormals P 266 - Zuwendung 2019: 52.222,68 €) ab 2020
70	Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin	Projekt Lotse Berlin. Beratung-Orientierung-Vermittlung.Unterstütztes Wohnen für Menschen mit Behinderung	ISP/2020/P 269	47.007,31	
71	Zukunftssicherung Berlin e. V. für Menschen mit geistiger Behinderung	Treffpunkt Zukunftssicherung	ISP/2020/P 226	5.210,00	
	3.1 - Übergreifende Beratungsprojekte		Summe	337.475,84	
3.2 - Beratungsangebote					
72	RBO - Inmitten gGmbH	Kommunikations-, Informations- und Beratungszentrum (KIB)	ISP/2020/P 089	74.714,27	
73	Lebenshilfe gGmbH Berlin	Elternberatung	ISP/2020/P 091	36.092,55	
74	Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	Beratungs- und Info-Angebote für Behinderte in Treptow	ISP/2020/P 092	60.481,00	
75	Lebenshilfe gGmbH Berlin	Mutstelle Berlin	ISP/2020/P 093	59.459,61	
76	GFGB - Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e. V.	Beratung und Betreuung Gehörloser in allen Lebensbe-reichen, Dolmetschdienste, Aufklärungsarbeit	ISP/2020/P 095	156.000,00	
77	Sozialwerk der Hörgeschädigten Berlin e. V.	Hörberhinderten-Beratungs-und Informationszentrum (HörBIZ), Beratung und Begleitung von Schwerhörigen und Später-taubten, Durchführung von Absehkursen	ISP/2020/P 098	117.365,48	

Lf d. Nr.	Träger	Projektbezeichnung	PNr.	Stand der Bewilligung zum 31.12.2020 (Stand 22.02.2021)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
78	MINA – Leben in Vielfalt e.V.	Beratungs- und Kontaktstelle für Menschen mit Behinderung sowie für Familien mit behinderten Angehörigen insbesondere mit Zuwanderungsgeschichte	ISP/2020/P 176	165.374,56	
79	AWO Landesverband Berlin e. V.	Fachstelle Migration und Behinderung	ISP/2020/P 177	96.534,05	
80	Alzheimer Angehörigen Initiative e. V.	Selbsthilfegruppen pflegender Angehöriger	ISP/2020/P 252	22.768,30	
81	ASL e. V.	Beratung für Menschen mit Behinderung	ISP/2020/P 258	58.622,86	
82	Förderverein der Gehörlosen der neuen Bundesländer e. V.	Beratungs- und Gebärdensprachdolmetschervermittlungsstelle für Gehörlose und Hörbehinderte	ISP/2020/P 274	82.369,02	
83	Eltern für Integration e. V. Berlin	Anlaufstelle für Eltern mit behinderten Kindern zur Beratung, zur Weitergabe grundsätzlicher Informationen....	ISP/2020/P 542	13.142,70	
84	Netzwerk behinderter Frauen Berlin e. V.	Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstelle (Büro zur Verbesserung der Lebenssituation behinderter Frauen)	ISP/2020/P 551	21.247,64	
		3.2 - Beratungsangebote	Summe	964.172,04	
		3.3 - Freizeitangebote			
85	Integral e. V.	Integral-Begegnungszentrum für Menschen mit und ohne Behinderungen	ISP/2020/P 057	137.083,46	
86	Südost Europa Kultur e. V.	Lichtenberger Beratungs- und Begegnungszentrum (LIBEZEM)	ISP/2020/P 065	28.955,84	
87	DRK-Kreisverband Berlin-Nordost e.V. (Trägerwechsel zum 01.10.2019)	MuriNKa	ISP/2020/P 067	32.407,04	
88	berliner STARThilfe e. V.	Freizeitmaßnahmen für Menschen mit Lernschwierigkeiten	ISP/2020/P 101	25.129,32	
89	RambaZamba e. V.	Künstlerische Arbeitsgruppen mit sozialpädagogischer Betreuung in denen behinderte und nicht behinderte Jugendliche arbeiten	ISP/2020/P 102	38.041,24	
90	Spastikerhilfe Berlin e. V.	Freizeitarbeit mit schwerst-mehrfachbehinderten Menschen.....	ISP/2020/P 103	74.143,78	
91	Vereinigung für Jugendhilfe e. V.	Freizeitmaßnahmen	ISP/2020/P 104	17.360,17	
92	RBO - Inmitten gGmbH	Integratives Freizeitprojekt, Treffpunkt für Menschen mit und ohne Behinderung	ISP/2020/P 105	50.199,03	
93	aktion weitblick betreutes wohnen gGmbH	Freizeitclub	ISP/2020/P 121	39.100,24	
94	AWO Arbeiterwohlfahrt Berlin, Kreisverband Südost e. V.	FALK-Club Neukölln	ISP/2020/P 178	129.285,79	
95	Zukunftssicherung Berlin e. V. für Menschen mit geistiger Behinderung	Freizeit Maßnahmen für Menschen mit geistiger Behinderung	ISP/2020/P 237	12.275,18	
96	die reha e.V.	Freizeitcafe Helle 13	ISP/2020/P 276	15.453,31	
97	Cocas e. V. Berlin	Freizeitgestaltung und Gruppenarbeit	ISP/2020/P 510	3.069,50	
		3.3 - Freizeitangebote	Summe	602.503,90	
		Summe Angebotsbereich 3 - Angebote für Menschen mit Behinderung	Summe	1.904.151,78	

Lf d. Nr.	Träger	Projektbezeichnung	PNr.	Stand der Bewilligung zum 31.12.2020 (Stand 22.02.2021)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
Angebotsbereich 4 - Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe					
4.1 - Wohnungslosenhilfe					
4.1.1 - Beratungsstellen					
98	GEBEWO pro gGmbH	Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung	ISP/2020/P 006	337.061,13	
99	Beratung + Leben GmbH	Beratungsstelle Schottstraße	ISP/2020/P 194	279.290,00	
100	Verein für Berliner Stadtmission	Zentrale Beratungsstelle für Wohnungslose	ISP/2020/P 195	669.918,57	
101	Klik - Kontakt-, Beratungs- und Koordinierungsarbeit für junge Menschen auf der Straße e.V.	Beratungsstelle für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen	ISP/2020/P 205	303.912,84	
102	Verein für Berliner Stadtmission	Soziale und psychologische Beratung am Bhf. Zoo	ISP/2020/P 207	86.123,83	
4.1.1 - Beratungsstellen			Summe	1.676.306,37	
4.1.2 - Straßensozialarbeit					
103	Gangway e. V.	ab 2019 =Drop Out - Streetwork mit Wohnungslosen	ISP/2020/P 013	942.540,25	
104	Caritasverband f. d. Erzbistum Berlin e. V.	TRIA- Aufsuchende mehrsprachige Beratung.	ISP/2020/P 015	282.642,70	
105	Karuna Sozialgenossenschaft eG	Straßensozialarbeit -Karuna Buslinie f. wohnungslose Menschen Berlins	ISP/2020/P 016	220.086,89	
106	Straßenkinder e. V.	Projekt zur Integration junger wohnungsloser Menschen- Straßensozialarbeit	ISP/2020/P 017	26.210,31	
107	Sozialdienst Katholischer Frauen e. V. Berlin	Beratungsbus mit Hygieneangebot f. Frauen	ISP/2020/P 019	125.000,00	
4.1.2 - Straßensozialarbeit			Summe	1.596.480,15	
4.1.3 - Medizinische Versorgung					
108	Humanistischer Verband Deutschland - Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.	medizinische Betreuung, Pflege sowie therapeutische Maßnahmen für Obdachlose	ISP/2020/P 109 2	123.726,61	
109	GEBEWO pro gGmbH	Arztpraxis Stralauer Platz/ medizinische Betreuung obdachloser Menschen	ISP/2020/P 254	168.275,55	
110	Caritasverband f. d. Erzbistum Berlin e. V.	Medizinische Versorgung-Arztmobil	ISP/2020/P 272	139.335,15	
4.1.3 - Medizinische Versorgung			Summe	431.337,31	
4.1.4 - Bahnhofsdienst					
111	IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit für das Erzbistum Berlin e. V.	Bahnhofsdienst Ostbahnhof	ISP/2020/P 124	162.784,90	
112	Verein für Berliner Stadtmission	Bahnhofsdienst Zoo: Beratung und Betreuung von Wohnungslosen im Bahnhofsumfeld	ISP/2020/P 191	504.202,24	
4.1.4 - Bahnhofsdienst			Summe	666.987,14	

Lf d. Nr.	Träger	Projektbezeichnung	PNr.	Stand der Bewilligung zum 31.12.2020 (Stand 22.02.2021)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
4.1.5 - Notübernachtung					
113	Verein für Berliner Stadtmission	Notübernachtung Franklinstraße	ISP/2020/P 189	915.876,12	
114	Strassenfeger e. V.	Ganzjährige Notübernachtung in der Storkower Str. 139 c	ISP/2020/P 197	392.245,38	
115	Verein für Berliner Stadtmission	Notübernachtung in einer Traglufthalle	ISP/2020/P 206	409.303,70	
116	GEBEWO pro gGmbH	Ganzjährig geöffnete Übernachtungseinrichtung für Frauen mit sozialpädagogischer Beratung	ISP/2020/P 190	152.993,60	
117	AWO Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Berlin Spree-Wuhle e. V.	Notübernachtung für wohnungslose Frauen in der Petersburger Str. 92	ISP/2020/P 199	212.231,93	
118	Sozialdienst Katholischer Frauen e. V. Berlin	Evas Obdach - ganzjährige Notübernachtung für Frauen	ISP/2020/P 200	470.212,00	
119	Koepjohann'sche Stiftung	Notübernachtung für Frauen in Berlin - ganzjährig geöffnet	ISP/2020/P 209	229.995,00	
120	Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V.	Notunterkunft für wohnungslose Familien	ISP/2020/P 203	484.739,20	
121	Evangelisches Jugend- und Fürsorgewerk gAG	Notunterkunft für wohnungslose Familien	ISP/2020/P 208	802.652,48	
4.1.5 - Notübernachtung			Summe	4.070.249,41	
4.1.6 - Weitere Angebote					
122	Verein f. Berliner Stadtmission	Hygieneangebot f. obdachl. Menschen am Bahnhof Zoo	ISP/2020/P 201	274.131,33	
123	GEBEWO pro gGmbH	Psych. Beratung wohnungl. Frauen	ISP/2020/P 202	128.299,77	
4.1.6 - Weitere Angebote			Summe	402.431,10	
4.1.7 - Infrastrukturangebot Kältehilfe					
124	GEBEWO pro gGmbH	Koordinierungsstelle der Kältehilfe-Telefon/Datenbank	ISP/2020/P 239	191.805,54	
4.1.7 - Kältehilfe/ Datenbank			Summe	191.805,54	
4.1 - Wohnungslosenhilfe			Summe	9.035.597,02	
4.2 - Straffälligenhilfe					
4.2.1 - Beratungsstellen					
125	Freie Hilfe Berlin e. V.	Beratungs- und Betreuungsstelle für Straffällige und ihre Angehörigen	ISP/2020/P 011	459.156,40	
126	Verein für Berliner Stadtmission	Beratungsstelle für Straffällige - Drinnen und Draußen	ISP/2020/P 184/196	205.485,09	
127	Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e. V.	Beratung und Betreuung von Straffälligen, Haftentlassenen sowie deren Angehörigen	ISP/2020/P 192	164.357,82	
4.2 - Straffälligenhilfe			Summe	828.999,31	
4.3 - Übergreifende Belange der Schuldner- und Insolvenzberatung					
128	LAG - SIB Berlin e. V.	Überbezirkliche Belange der Schuldnerberatung	ISP/2020/P 198	132.279,94	
4.3 - Übergreifende Belange der Schuldner- und Insolvenzberatung			Summe	132.279,94	
Summe Angebotsbereich 4 - Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe			Summe	9.996.876,27	

Lf d. Nr.	Träger	Projektbezeichnung	PNr.	Stand der Bewilligung zum 31.12.2020 (Stand 22.02.2021)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
5 - Migrationssozialdienste					
129	AWO Landesverband Berlin e. V.	Migrationssozialdienst	ISP/2020/P 300	636.461,54	
130	Diakoniewerk Simeon gGmbH	Migrationssozialdienst	ISP/2020/P 301	110.840,04	
131	Caritasverband f. d. Erzbistum Berlin e. V.	Migrationssozialdienst	ISP/2020/P 302	194.411,39	
132	Polnischer Sozialrat e. V.	Migrationsberatung, insbesondere für osteuropäische Zuwanderer	ISP/2020/P 303	124.588,74	
133	DRK - Landesverband Berliner Rotes Kreuz e. V.	Migrationssozialdienst (MSD)	ISP/2020/P 304	63.430,48	
Summe Angebotsbereich 5 - Migrationssozialdienste			Summe	1.129.732,19	
Summe ISP			Summe	30.420.328,75	



Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. (030) 90 28-0
pressestelle@senias.berlin.de

©SenIAS
Stand 01/2023